

1. Einleitung

Sramota mi je, dakle postojim.
[Ich schäme mich, also bin ich.]¹

Bei einem Spaziergang durch die serbische Hauptstadt Belgrad stolperte ich im September 2011 über dieses Graffito, das sich augenscheinlich an das Postulat *ego cogito, ergo sum* von René Descartes anlehnt. Diese Analogie verblüffte mich: Während Descartes nach den radikalen Zweifeln an der Erkenntnisfähigkeit aus dem Denken seine Existenzberechtigung ableitete, begründete das Graffito die Existenz mit Scham. Kann Scham der Grund für Existenz sein? Wird schämen hier mit erkennen gleichgesetzt? Was sagt das über die Person, die sich so beschreibt? Oder ist das keine Selbstbeschreibung und damit Identitätsressource, sondern eine Rechtfertigung für die eigene Existenz gegenüber anderen? Der Bezug auf den Umgang der serbischen Politik und Gesellschaft mit den während der Jugoslawienkriege »im Namen der Serben« begangenen Kriegsverbrechen schien mir offensichtlich.

Die Verbindung zwischen Scham und Legitimität ist ein zentrales Motiv serbischer Außenpolitik. Im April 2013 formulierte der serbische Präsident Tomislav Nikolić in einem Interview mit einem bosnischen TV-Sender: »Ich knie und suche um Vergebung für Serbien für das Verbrechen, das in Srebrenica begangen wurde.«² Sowohl diese Äußerung als auch das Graffito illustrieren die zugrundeliegende Prämisse dieses Buchs: In der gegenwärtigen Formation internationaler und europäischer Politik muss ein Staat seine Untaten bereuen, um außenpolitische Legitimität zu erhalten. Die zunehmende Zahl von Institutionen,

1 Graffito in der Krunska ulica, Belgrad, vom 22.9.2011.

2 Tanjug: »Nikolić se izvinio zbog zločina i najavio posetu Srebrenici« [Nikolić hat sich wegen des Verbrechens entschuldigt und kündigt Besuch in Srebrenica an], in: politika.rs vom 25.4.2013, <http://www.politika.rs/rubrike/Politika/Nikolic-se-izvinio-zbog-zlocina-i-najavio-posetu-Srebrenici.lt.html> vom 25.4.2013.

Prozessen und nationalen Gesetzgebungen auf dem Feld der *transitional justice* suggerieren diesen Eindruck. Auch die Schärfe, mit der Staaten, Politiker³ oder Prominente, die ein Massenverbrechen oder einen Völkermord leugnen, in öffentlichen Diskursen verurteilt werden, nimmt zu. In den letzten Jahrzehnten scheint sich eine globale Norm der Vergangenheitsaufarbeitung durchgesetzt zu haben, die von einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure verfochten wird. Diese neue Norm wird vor allem im Anschluss an internationale Konflikte durchgesetzt. Doch inwieweit funktioniert ein solches Übertragen globaler Normen auf lokale Prozesse? Wie sinnvoll ist eine externe Induzierung von Prozessen der Auseinandersetzung mit Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen in Postkonfliktgesellschaften?

Die Probleme extern induzierter Aufarbeitung und transnationaler Normdiffusionsprozesse werden in dieser theoriegeleiteten Einzelfallstudie am Beispiel Serbien⁴ aufgezeigt. Serbien dient wie andere jugoslawische Nachfolgestaaten als Laboratorium für die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen: Hier wurde zum ersten Mal ein internationales Tribunal während eines laufenden Konflikts errichtet, ein regionales System von Sonderstaatsanwälten und -gerichten zur Verfolgung von Kriegsverbrechen eingerichtet, die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen und -vergangenheit zu einem Prinzip der Konditionalitätspolitik von Staaten und Internationalen Organisationen gemacht und ein kooperativer Ansatz zur Versöhnung von zivilgesellschaftlichen Initiativen entwickelt.⁵ Zentral für die Auswahl Serbiens ist, dass Material über die Aufarbeitung für einen Zeitraum von ca. zwanzig Jahren vorliegt. Im Verlauf dieser Zeit kann ein starker Wandel in der Aufarbeitung der während der Jugoslawienkriege⁶ begangenen

3 Mit Nennung der männlichen Funktionsbezeichnung ist in diesem Buch, sofern nicht anders gekennzeichnet, immer auch die weibliche Form mitgemeint.

4 Diese Arbeit konzentriert sich auf das Serbien, das die größte Teilrepublik Jugoslawiens war und ab 1992 als Bundesrepublik Jugoslawien dessen Rechtsnachfolge übernahm. 2003 wurde es zur Staatenunion Serbien und Montenegro umgewandelt. Seit der Unabhängigkeit Montenegros 2006 nennt es sich Republik Serbien. 2008 erklärte sich das Kosovo unabhängig von Serbien. Das Kosovo und Montenegro werden im Rahmen der vorliegenden Untersuchung vernachlässigt.

5 Dragović-Soso, Jasna/Gordy, Eric D.: »Coming to Terms with the Past. Transitional Justice and Reconciliation in the Post-Yugoslav Lands«, in: James Ker-Lindsay/Dejan Djokić (Hg.): *New Perspectives on Yugoslavia. Key Issues and Controversies*, Milton Park/New York: Routledge 2011, S. 193-213, hier S. 192.

6 Als Jugoslawienkriege werden der Zehn-Tage-Krieg in Slowenien 1991, der Kroatienkrieg 1991-1995 sowie der Bosnienkrieg 1992-1995 bezeichnet. Von der Unter-

Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen⁷ beobachtet werden. Externe Akteure haben einerseits durch die externe Induzierung einer strafrechtlichen Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und andererseits durch Konditionalitätspolitik auf diesen Wandel starken Einfluss genommen.

Betrachtet man den Wandel der serbischen Politik der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen, sind die Ambivalenzen augenfällig, die sich sowohl diachron im Verhalten nach außen als auch synchron in der Diskrepanz zwischen innerem und äußerem Verhalten ergeben. Dies verschaffte dem Land auch nach dem Ende des Milošević-Regimes in der internationalen Wahrnehmung ein zweifelhaftes Image.

Aus diesen Überlegungen leiten sich zwei Fragen ab, die im Zentrum der vorliegenden Arbeit stehen: Wie ist der Politikwandel auf dem Feld der Vergangenheitsaufarbeitung, das heißt der Auseinandersetzung mit den während der Jugoslawienkriege begangenen Kriegs- und Menschenrechtsverletzungen, zu erklären? Wie können die Ambivalenzen und Diskrepanzen zwischen dem Verhalten nach innen und außen erklärt werden?

1.1 FORSCHUNGSSTAND, LEERSTELLEN, INNOVATIONEN

Forschungsgegenstand

Die Analyse des Umgangs mit Kriegsverbrechen in Serbien erlangt mit der Transition des Landes im Jahr 2000 Popularität. Ab diesem Zeitpunkt werden regelmäßig zumeist englischsprachige Studien publiziert. Um das Jahr 2008 lässt sich eine Häufung von Artikeln zur Konditionalitätspolitik der Europäischen Union (EU) erkennen. Die Literatur zur Vergangenheitsaufarbeitung in Serbien lässt sich grob in fünf Felder aufteilen. Den ersten und größten Teil nimmt die Literatur zum Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien ein. Die Autoren widmen sich der Entstehungsgeschichte des Tribunals, den

suchung des Umgangs mit während des Kosovokriegs 1999 begangenen Verbrechen wird aufgrund der Sonderstellung des serbisch-kosovarischen Verhältnisses, der politischen Brisanz der Statusfrage und der nicht anerkannten Unabhängigkeit des Kosovo weitgehend abgesehen.

7 Diese Arbeit kann in ihrem Umfang nicht sämtliche Felder einer möglichen serbischen Vergangenheitsaufarbeitung beleuchten – wie die Auseinandersetzung mit den Geschehnissen auf serbischem Territorium im Zweiten Weltkrieg, den staatlichen Verbrechen unter Tito oder des Milošević-Regimes.

Problemen bei der Kooperation mit anderen Staaten und bei der Strafverfolgung. Die Prozesse selbst sind breit diskutiert und dokumentiert. Im Zentrum stehen die Analysen des Einflusses des Tribunals auf Serbien, der Wahrnehmung des Tribunals in Serbien und der Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien.⁸ Ein zweites Feld untersucht Vergangenheitsaufarbeitung als politische Konditionalität der EU.⁹ Das dritte Feld bedienen

-
- 8 Vgl. Hagan, John: *Justice in the Balkans. Prosecuting War Crimes in the Hague Tribunal*, Chicago: University of Chicago Press 2003; Obradović-Wochnik, Jelena: »Strategies of Denial. Resistance to ICTY Cooperation in Serbia«, in: Judy Batt/Jelena Obradović-Wochnik (Hg.): *War Crimes, Conditionality and EU Integration in the Western Balkans* (= Chaillot Paper 116), Paris: EU Institute for Security Studies 2009, S. 29-47; Rajković, Nikolas Milan: »The Limits of Consequentialism. ICTY Conditionality and (Non)Compliance in Post-Milosevic Serbia«, in: *Review of European and Russian Affairs* 4 (2008) 1, S. 27-72; Spoerri, Marlene/Freyberg-Inan, Annette: »From Prosecution to Prosecution. Perceptions of the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY) in Serbian domestic politics«, in: *Journal of International Relations and Development* 11 (2008) 4, S. 350-384; Orentlicher, Diane: *Shrinking the Space for Denial. The Impact of the ICTY in Serbia*, New York: Open Society Institute 2008; Peskin, Victor: *International Justice in Rwanda and the Balkans. Virtual Trials and the Struggle for State Cooperation*, Cambridge: Cambridge University Press 2008; Lamont, Christopher K.: *Coercion, Norms and Atrocity. Explaining State Compliance with International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia Arrest and Surrender Orders*, Dissertation, Glasgow 2008; McMahon, Patricia C./Forsythe, David P.: »The ICTY's Impact on Serbia. Judicial Romanticism Meets Network Politics«, in: *Human Rights Quarterly* 30 (2008) 2, S. 412-435.
- 9 Vgl. J. Batt/J. Obradović-Wochnik (Hg.): *War Crimes*; Stahl, Bernhard: »Perverved Conditionality. The Stabilisation and Association Agreement between the EU and Serbia«, in: *European Foreign Affairs Review* 16 (2011) 4, S. 465-487; Dobbels, Mathias: *Serbia and the ICTY. An Analysis of EU Conditionality*, Masterarbeit, Brügge 2009; allgemeiner zum westlichen Balkan: Noutcheva, Gergana: »Fake, Partial and Imposed Compliance. The Limits of the EU's Normative Power in the Western Balkans«, in: *Journal of European Public Policy* 16 (2009) 7, S. 1065-1084; Anastasakis, Othon: »The EU's Political Conditionality in the Western Balkans. Towards a More Pragmatic Approach«, in: *Southeast European and Black Sea Studies* 8 (2008) 4, S. 365-377; Freyburg, Tina/Richter, Solveig: *National Identity Matters. The Limited Impact of EU Political Conditionality in the Western Balkans* (= NCCR Working Paper 19), Zürich: National Centre of Competence in Research Challenges to Democracy in the 21st Century 2008.

Autoren der *Transitional-justice*-Forschung. Sie untersuchen die serbischen *Transitional-justice*-Prozesse im Vergleich zu anderen Fällen, um die Rahmenbedingungen und Faktoren für den Erfolg oder Misserfolg dieser¹⁰ oder das spezifische Design unterschiedlicher Instrumente mit Blick auf deren Leistungsfähigkeit zu evaluieren.¹¹ Ein viertes Feld befasst sich mit spezifischen Formen der *transitional justice* in Serbien, zum Beispiel mit lokalen Formen der Strafverfolgung von Kriegsverbrechen¹², weichen Formen der Vergangenheitsaufarbeitung (Wahrheits- und Versöhnungskommissionen¹³) oder symbolischer Politik¹⁴. Das fünfte und letzte Feld belegen Autoren, die kultur- oder identitätsspezifische Er-

-
- 10 Grodsky, Brian: *The Costs of Justice: How New Leaders Respond to Previous Rights Abuses* (= Contemporary European Politics and Society), Notre Dame: University of Notre Dame Press 2010.
 - 11 Vgl. Fischer, Martina: *Friedens- und Versöhnungsprozesse im westlichen Balkan. Von den Schwierigkeiten des Umgangs mit gewaltsamer Vergangenheit* (= Berghof Working Paper 4), Berlin: Berghof Conflict Research 2008; Dimitrijević, Nenad: »Serbia After the Criminal Past. What Went Wrong and What Should be Done«, in: *The International Journal of Transitional Justice* 2 (2008) 1, S. 5-22; Spoerri, Marlene: »Justice Imposed. How Policies of Conditionality Effect Transitional Justice in the Former Yugoslavia«, in: *Europe-Asia Studies* 63 (2011) 10, S. 1827-1851; Petrović, Vladimir: *Gaining the Trust through Facing the Past? Prosecuting War Crimes Committed in the Former Yugoslavia in National and International Legal Context* (= CAS Working Paper Series 4), Sofia: Centre for Advanced Study 2008; Horelt, Michael-André: »Durch Symbolik und Recht zur Versöhnung? Ein Vergleich der Versöhnungswirkung des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und politischer Entschuldigungen im ehemaligen Jugoslawien«, in: *Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization* 86 (2011) 1-2, S. 131-154.
 - 12 Vgl. Đorđe Đorđević: *Summary Report Regarding Local, Regional and International Documentation of War Crimes and Human Rights Violations in the Former Yugoslavia*, New York: International Center for Transitional Justice 2002; Ivanišević, Bogdan: *Against the Current. War Crimes Prosecutions in Serbia* (= Prosecution Case Studies Series), Brüssel: International Center for Transitional Justice 2007.
 - 13 Vgl. Grodsky, Brian: »International Prosecution and Domestic Politics. The Use of Truth Commissions as Compromise Justice in Serbia and Croatia«, in: *International Studies Review* 11 (2009) 4, S. 687-706.
 - 14 Vgl. M.-A. Horelt: »Durch Symbolik und Recht«; Dragović-Soso, Jasna: »Apologizing for Srebrenica. The Declaration of the Serbian Parliament, the European Union and the Politics of Compromise«, in: *East European Politics and Societies* 28 (2012) 2, S. 163-179.

klärungen für die ausbleibende Aufarbeitung mit Hilfe von Ansätzen aus der Psychologie, der Nationalismus- und der Identitätsforschung suchen.¹⁵

Besonders hervorheben möchte ich drei neuere Monografien, die zum Teil gleichzeitig mit der vorliegenden entstanden und die durch die unterschiedlichen Ansätze bisweilen als sich ergänzend verstanden werden können. Jelena Obradović-Wochnik befasste sich basierend auf 2005-2007 erhobenen semistrukturierten, qualitativen Interviews mit »gewöhnlichen« serbischen Bürgern mit der individuellen Dimension von *transitional justice*, also der biografische Kontingenzbewältigung in der Übersetzung von Erfahrung in Erzählung vor dem Hintergrund sich verändernder politischer und normativer Rahmenbedingungen.¹⁶ In einer vergleichenden Diskursanalyse von Presseartikeln untersuchte die Geisteswissenschaftlerin Katarina Ristić,¹⁷ wie nationale Eliten und Medien in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien sich die Narrative internationaler Kriegsverbrecherprozesse aneigneten, in ethnonational strukturierte Narrationsbestände einbetteten und zugunsten ihrer Interessen und Normvorstellungen transformierten.¹⁸ Der Kulturosoziologe Eric Gordy verfolgte die öffentliche Debatte über kollektive Erinnerung und Bewertung der Jugoslawienkriege in Serbien von 2000 bis 2012, arbeitete die Bewegungsdynamiken in Reaktion auf die

-
- 15 Vgl. Ramet, Sabrina P.: »The Denial Syndrome and its Consequences. Serbian Political Culture since 2000«, in: *Communist and Post-Communist Studies* 40 (2007) 1, S. 41-58; Shaw, Emily: *The Role of Social Identity in Resistance to International Criminal Law. The Case of Serbia and the ICTY* (= Berkeley Program in Soviet and Post-Soviet Studies Working Paper Series), Berkeley: University of California 2003; Obradović-Wochnik, Jelena: »Knowledge, Acknowledgment and Denial in Serbia's Responses to the Srebrenica Massacre«, in: *Journal of Contemporary European Studies* 17 (2009) 1, S. 61-74; Clark, Janine Natalya: »Collective Guilt, Collective Responsibility and the Serbs«, in: *East European Politics and Societies* 22 (2008) 3, S. 668-692.
 - 16 Obradović-Wochnik, Jelena: *Ethnic Conflict and War Crimes in the Balkans. The Narratives of Denial in Post-Conflict Serbia* (= International Library of War Studies), London: IB Tauris 2013.
 - 17 Milošević-Ristić, Katarina: *Media Discourses on War Crimes Trials in Serbia* (= Working papers series 4), Graz: Centre for South East European Studies 2012, <http://www.suedosteuropa.uni-graz.at/sites/default/files/publications/0%20Ristic%20WP%204%20sept%202012.pdf>.
 - 18 Ristić, Katarina: *Imaginary Trials. War Crimes and Memory in Former Yugoslavia* (= Global History and International Studies 9), Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2014.

gegenwärtigen Ereignisse heraus und veranschaulicht und analysiert differenziert die »migration of discourse from denial of facts to dispute over their meaning, and contention over the authority of people who present them«.¹⁹

Auch wenn es nicht explizit gemacht wird, befassen sich diese Arbeiten alle mit Normdiffusionsprozessen. Sie analysieren in unterschiedlichen Zuschnitten die von außen an Serbien herangetragenen normativen Erwartungen auf dem Feld der *transitional justice* in Hinblick auf *compliance*, das heißt auf einen entsprechenden außenpolitischen und innenpolitischen, gesellschaftlichen Wandel, beziehungsweise untersuchen die Widerstände und Aneignungsprozesse hierauf.

Die serbische Literatur ist deutlich politischer. Eine Vielzahl von Texten, Büchern, Dokumentensammlungen und aus Konferenzen hervorgegangenen Sammelbänden wurde von Aktivisten des Sektors der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Serbien publiziert, in eigenen Serien²⁰, im Buchhandel²¹ oder in der Literaturzeitschrift *Reč*. Einige NGO-Aktivisten publizieren auch wissenschaftlich für ein überregionales Publikum in englischsprachigen Journalen oder Büchern. Beispiele sind der Jurist und Menschenrechtsaktivist Vojin Dimitrijević vom Belgrader Zentrum für Menschenrechte, der von 1993 bis 2012 konstant über den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

-
- 19 Gordy, Eric D.: *Guilt, Responsibility, and Denial. The Past at Stake in Post-Milošević Serbia* (= *Pennsylvania Studies in Human Rights*), Philadelphia: University of Pennsylvania Press 2013, S. xiii. Zuvor veröffentlichte Gordy bereits umfangreich, vgl. Gordy, Eric D.: »Accounting for a Violent Past by Other than Legal Means«, in: *Southeast European and Black Sea Studies* 3 (2003) 1, S. 1-24; ders.: »Postwar Guilt and Responsibility in Serbia. The Effort to Confront It and the Effort to Avoid It«, in: Sabrina P. Ramet/Vjeran Pavlaković (Hg.): *Serbia since 1989. Politics and Society under Milosević and after* (= *Jackson School Publication in International Studies*), Seattle, Washington: University of Washington Press 2005, S. 166-191; Gordy, Eric D.: »Confronting the Past in Serbia. Obstacles and Opportunities« in: Wolfgang Petritsch/Goran Svilanović/Christophe Solioz (Hg.): *Serbia Matters. Domestic Reforms and European Integration* (= *Southeast European Integration Perspectives* 1), Baden-Baden: Nomos 2009, S. 137-141; J. Dragović-Soso/E. D. Gordy.: »Coming to Terms with the Past«.
- 20 Hier sind besonders das Helsinki-Komitee für Menschenrechte und das Zentrum für humanitäres Recht zu nennen.
- 21 Ilić, Dejan/Matić, Veran: *Truths, Responsibilities, Reconciliations. The Example of Serbia*, Belgrad: Samizdat Free B92 2000.

(ICTY²²) und nationale Bemühungen der Strafverfolgung schrieb,²³ Vesna Nikolić-Ristanović von der *Viktimološko Društvo Srbije* (Viktimologischen Gesellschaft Serbiens),²⁴ die Politikwissenschaftlerin Radmila Nakarada,²⁵ die an der *Fakultet političkih nauka* in Belgrad lehrt und Mitglied der serbischen Wahrheits- und Versöhnungskommission war, oder die eher liberal einzuordnende Parlamentarierin Vesna Pešić.²⁶ Aus der Perspektive eines Serben, der von außen auf das Land blickt und sich wissenschaftlich mit der Frage des Umgangs mit schuldbehafteter Vergangenheit beschäftigt, intervenierte der an der *Central European University* in Belgrad lehrende Jurist und Politikwissenschaftler Ne-

-
- 22 Der vollständige Name lautet: *International Criminal Tribunal for the Prosecution of Persons Responsible for Serious Violations of International Humanitarian Law Committed on the Territory of the Former Yugoslavia since 1991*.
- 23 Zunächst verfasste er kleinere Aufsätze in der Zeitschrift *Vreme*, später auch in internationalen Fachzeitschriften, vgl. Dimitrijević, Vojin: »The War Crimes Tribunal in the Yugoslav Context«, in: *East European Constitutional Review* 5 (1996) 4, S. 85-92; ders.: »Ostareli zlikovci i zli starci« [Greise Schurken und böse Alte], in: *Reč. Časopis za književnost, kulturu i društvena pitanja* 57 (2000) 3, S. 25-27; ders.: »Izgledi za utvrđivanje istine i postizanje pomirenja u Srbiji« [Perspektiven auf die Feststellung der Wahrheit und das Erreichen von Versöhnung in Serbien], in: *Reč. Časopis za književnost, kulturu i društvena pitanja* 62 (2001) 8, S. 69-74; ders.: »Justice Must be Done and Been Seen to Be Done. The Milosevic Trial«, in: *East European Constitutional Review* 11 (2002) 1-2, S. 59-62; ders.: »Domestic War Crimes Trials in Serbia, Bosnia-Herzegovina and Croatia«, in: J. Batt/J. Obradović-Wochnik (Hg.): *War Crimes*, S. 83-99; Dimitrijević, Vojin/Hadži-Vidanović, Vidan/Ivanović, Ivan/Marković, Žarko/Milanović, Marko: *Haške nedoumice. Poznato i nepoznato o Međunarodnom krivičnom tribunalu za bivšu Jugoslaviju* [Haager Ratlosigkeit. Bekanntes und Unbekanntes über das ICTY], Belgrad: Beogradski centar za ljudska prava 2010.
- 24 Nikolić-Ristanović, Vesna: »Truth and Reconciliation in Serbia«, in: Dennis Sullivan/Larry Tift (Hg.): *Handbook of Restorative Justice: A Global Perspective*, London, New York: Routledge 2006, S. 369-386.
- 25 Nakarada, Radmila: *Raspad Jugoslavije. Problemi tumačenja, suočavanja i tranzicije* [Zerfall Jugoslawiens. Probleme der Interpretation, der Aufarbeitung und der Transition] (= *Vreme Jugoslavije* 5), Belgrad: Službeni glasnik 2008.
- 26 Pešić, Vesna: »Facing the Past. The Prerequisite for Creating a Modern Serbian State«, in: Dragica Vujadinović/Vladimir Goati (Hg.): *Between Authoritarianism and Democracy Vol. III. Serbia at the Political Crossroads*, Belgrad: Friedrich-Ebert-Stiftung/Centar za demokratsku tranziciju 2009, S. 179-195.

nad Dimitrijević immer wieder in den serbischen Diskurs.²⁷ Andere serbische Autoren, die sich konkret mit dem ICTY oder mit der serbischen Schuld beschäftigen, wirken trotz wissenschaftlichen Anstrichs oftmals wenig objektiv, sondern populistisch.²⁸ Im serbischen Buchhandel, in Bibliotheken und im Internet sind eine Vielzahl von wissenschaftlich kaum haltbaren Büchern und Sammelbänden vorhanden, die eine serbisch-nationalistische Deutung der Kriege anbieten.²⁹ Besonders auffällig sind die vielen Publikationen, die eine alternative Deutung zum Völkermord in Srebrenica etablieren wollen.³⁰ Hier vermischen

-
- 27 Dimitrijević, Nenad: »Prošlost, odgovornost, budućnost« [Vergangenheit, Verantwortung, Zukunft], in: Reč. Časopis za književnost, kulturu i društvena pitanja 57 (2000) 9, S. 5-16; ders.: »Serbia After the Criminal Past«; ders.: »Apology Instead of Reconciliation. A View from Serbia«, in: Peščanik.net vom 12.11.2011, <http://pescanik.net/2011/11/apology-instead-of-reconciliation-a-view-from-serbia> vom 24.11.2011.
- 28 Vgl. u. a. Simeunović, Dragan: Srpska kolektivna krivica. Srbi i tradicija kolektivne krivice [Die serbische kollektive Schuld. Die Serben und die Tradition kollektiver Schuld], Belgrad: Nolit 2007; Čavoški, Kosta: Hag protiv pravde [Haag gegen die Gerechtigkeit], Belgrad: Centar za srpske studije 1996; ders.: Haški minotaur tom drugi. Hag protiv istine [Haager Minotaurus Teil 2. Haag gegen die Gerechtigkeit], Belgrad: Beoknjiga 2007.
- 29 Vilić, Dušan/Todorović, Boško: Zašto su optuženi [Warum sie beschuldigt sind], Belgrad: Grafomark 2001; Dimitrijević, Bojan B.: »Slučaj likvidacije zarobljenika posle zauzimanja Srebrenice jula 1995. Problemska pitanja« [Der Fall der Liquidierung Gefangener nach der Einnahme Srebrenicas im Juli 1995. Problemstellungen], in: Istoria 20 (2004) 1, S. 131-156; Vuković, Slobodan: Kako su nas voleli. Antisrpska propaganda i razbijanje Jugoslavije [Wie sie uns liebten. Antiserbische Propaganda und die Zerschlagung Jugoslawiens], Novi Sad: Stylos 2007; ders.: »Ulica Vase Mickina, Markale, Račak. Događaji s obarčem« [Die Vasa Mickina-Straße, Markale, Račak. Ereignisse mit Auslöser], in: Teme. Časopis za društvene nauke 33 (2009) 1, S. 201-214; ders.: Etika zapadnih medija. Antisrpska propaganda devedesetih godina XX veka [Die Ethik der westlichen Medien. Antiserbische Propaganda in den Neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts], Sremski Karlovci: Izdavačka Knjižarnica Zorana Stojanovića 2009.
- 30 Vgl. zum Beispiel Subotić, Momčilo: »Politika (zlo)upotreba zločina« [Politik des Gebrauchs/Missbrauchs von Verbrechen], in: Politička revija 4 (2005) 3, S. 813-828; Nedić, Aleksandra/Jeremić, Milovan (Hg.): Da li je bilo sve tako u Srebrenici? [War das alles so in Srebrenica?], Belgrad: Srpska liberalna stranka 2005; Vujadinović, Željko: »Fenomenologija Srebrenice« [Phänomenologie Srebrenicas], in: Istori-

sich Akteurs- und Beobachterebene. Sie sind meist dem *Institut za stradanje Srba u XX. veku* (Institut für das Leiden der Serben im 20. Jahrhundert), dem internationalen *Srebrenica Historical Project*³¹ oder dem Kreis revisionistisch-nationalistischer Politik zuzuordnen.

Leerstellen der Forschung und Innovation

Die bisherige Forschung auf dem Feld der *transitional justice* in Serbien weist einige Leerstellen auf, die diese Arbeit schließt. Erstens nehmen bisherige Studien die Entwicklungsdynamik des Feldes der *transitional justice* nicht umfassend in den Blick. Sie lösen sich nicht von der Beschränkung auf einzelne Instrumente oder Akteure. Im Gegensatz dazu versteht sich die vorliegende Arbeit als umfassende Untersuchung eines Politikfeldes. Zweitens vernachlässigen bisherige Forschungen die historische Tiefendimension der Auseinandersetzung mit Kriegsverbrechen in Serbien. Diese Arbeit untersucht, auf welche historischen Prägungen und kulturellen Vorerfahrungen diese Auseinandersetzungen aufbauen, und betrachtet institutionelle Kontinuitäten. Drittens wird trotz vieler Studien zur Vergangenheitsaufarbeitung die Übersetzung einer internationalen in eine nationale Norm, also die Frage der Normrezeption, vernachlässigt. Die vorliegende Arbeit schließt diese Lücke, indem sie dieses Problem explizit in den Fokus nimmt. Viertens haben viele empirische Arbeiten zu Serbien und den jugoslawischen Nachfolgestaaten einen affirmativen Charakter gegenüber extern induzierter *transitional justice* und diskutieren daher nicht die negativen Effekte

ja 20. veka 24 (2006) 2, S. 147-161; Pavić, Aleksanda: *Zabranjena istina o Srebrenici*. Priručnik zasnovan isključivo na stranim izvorima [Die verbotene Wahrheit über Srebrenica. Handbuch basierend ausschließlich auf ausländischen Quellen], Čačak: Legenda 2007; Ivanišević, Milivoje (Hg.): *Srebrenica july 1995*. In Search of Truth, Belgrad: Hrišćanska misao 2008; Škrbić, Ratko P.: *Srebrenica. Genocid nad istinom* [Genozid an der Wahrheit] (= Edicija Dokumenti), Belgrad: Svet knjige 2011.

- 31 Srebrenica Research Group: *Srebrenica and the Politics of War Crimes* vom 11.7.2005, <http://www.srebrenica-report.com> vom 12.11.2010; Simić, Ljubiša: *The Martyrdom of Serbian Srebrenica 1992-1995*, Belgrad: Istorijski projekat Srebrenice 2010; Karganović, Stephen/Simić, Ljubiša/Herman, Edward/Pumphrey, George/Maher, J.P/Wilcoxson, Andy: *Deconstruction of a Virtual's Genocide: An Intelligent Persons Guide to Srebrenica*, Den Haag/Belgrad: Srebrenica Historical Project 2011; Karganović, Stefan (Hg.): *Srebrenica. Falsifikovanje istorije* [Srebrenica. Fälschung der Geschichte], Belgrad: Pekograf 2012.

erzwungener Aufarbeitung.³² Diese Arbeit macht die Frage nach den Problemen externen Drucks zu einem zentralen Forschungsschwerpunkt. Fünftens vertreten viele Autoren normative Positionen oder ziehen von Dritten an Serbien gestellte Maßstäbe zur Beurteilung der Auseinandersetzung mit Kriegsverbrechen in Serbien heran. So wird zum Beispiel aus der Nichtbefolgung von Konditionalitäten ein fehlender politischer und gesellschaftlicher Wille zur Aufarbeitung. Die vorliegende Arbeit begegnet diesem Problem, indem sie nicht einen angeblichen Erfolg, sondern einen angemessenen Prozess untersucht. Durch eine induktive Annäherung an den Gegenstand kann sie darstellen, wie die jeweiligen Akteure die Auseinandersetzung mit Kriegsverbrechen verstehen und die Situation beschreiben.

1.2 THEORETISCHE EINBETTUNG

Um die dargestellten Forschungslücken zu schließen, wird eine passende theoretische Einbettung der vorliegenden Arbeit benötigt. Im Folgenden wird das theoretische Gerüst dargestellt, auf dessen Grundlage eine Untersuchung des Fallbeispiels Serbiens erfolgt.

Die Bedingungen serbischer Vergangenheitsaufarbeitung

Die Aufarbeitung der Vergangenheit in Serbien ist das Ergebnis eines extern induzierten Prozesses. Die Auseinandersetzung mit den Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, die durch serbische Staatsangehörige verübt wurden, ist maßgeblich durch die Einrichtung des ICTY zu Kriegszeiten angestoßen worden. Zwar gab es auch innerserbische Versuche der Aufarbeitung, sie wurden aber weitgehend nationalistisch und für die Zwecke des Milošević-Regimes instrumentalisiert.

Durch den internationalen Charakter der Jugoslawienkriege und des Tribunals in Den Haag wurde die in erster Linie juristische, später auch symbolische Aufarbeitung der von serbischen Staatsangehörigen begangenen Kriegsverbre-

32 Vgl. allgemein Duthie, Roger: »Afterword. The Consequences of Transitional Justice in Particular Contexts«, in: Alexander Laban Hinton/Stephen E. Bronner/Nela Navarro (Hg.): *Transitional Justice. Global Mechanisms and Local Realities after Genocide and Mass Violence*, New Brunswick: Rutgers University Press 2010, S. 249-256; auf die postjugoslawische Situation bezogen: M. Spoerri: »Justice Imposed«, T. Freyburg/S. Richter: *National Identity Matters*.

chen und Menschenrechtsverletzungen zum Gegenstand internationaler Politik. In Form von Konditionalitätspolitik formulierten verschiedene externe Akteure klare Erwartungen an Serbien hinsichtlich des Umgangs mit der Kriegsvergangenheit. Internationale Akteure und Institutionen wurden zu Akteuren auf einem eigentlich innenpolitischen Politikfeld.

Die engen Verbindungen zwischen internationalen und nationalen Prozessen bauen ein Spannungsfeld für die Aushandlung serbischer Aufarbeitungspolitik auf. Politik wird zwar von serbischen Akteuren betrieben, aber oftmals als Reaktion auf von außen gestellte Konditionen. Analysen der serbischen Vergangenheitsaufarbeitung können mithin nicht nur auf eine der beiden Ebenen, also Innen- oder Außenpolitik (beziehungsweise: politisches System und Internationale Beziehungen), beschränkt bleiben, sondern müssen deren dialektisches Verhältnis zueinander betrachten, zumal sie nur theoretisch voneinander getrennt werden können.

Folgt man dem Gedanken dieser theoretischen Trennung von zwei Ebenen, befinden sich serbische Akteure aufgrund der externen Induzierung des Prozesses in einem Spagat zwischen internationalen und nationalen Erwartungen. So kommt es zu »two-level games«³³ zwischen internationaler und gesellschaftlicher Ebene. Politikwandel auf dem Feld der Aufarbeitung wird als ein verändertes Verhalten von außenpolitischen Akteuren begriffen, die sich zwischen verschiedenen Verhaltensoptionen entscheiden. Es bleibt die Frage: Wie kann dieser Politikwandel auf dem Feld der Aufarbeitung in Serbien erklärt werden?

Logiken des Verhaltens außenpolitischer Akteure

Das Verhalten außenpolitischer Akteure kann mit den Handlungslogiken zweier Theorieschulen der Internationalen Beziehungen erfasst werden. Einen ersten Erklärungsansatz bietet die Kosten-Nutzen-Abwägung der außenpolitischen Akteure. Nach dieser rationalistischen Handlungslogik ist das Ziel jeder Handlung die Nutzenmaximierung. Interessen werden als exogen gegeben betrachtet. Ideen, Werte oder Normen sind folglich »Instrumente für die Durchsetzung oder Rechtfertigung«³⁴ dieser Interessen. Die Handlung wird von der Erwartung posi-

33 Vgl. Putnam, Robert: »Diplomacy and Domestic Politics. The Logic of Two-Level Games«, in: *International Organization* 42 (1988) 3, S. 427-460.

34 Vgl. Boekle, Henning/Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang: »Soziale Normen und normgerechte Außenpolitik. Konstruktivistische Außenpolitiktheorie und deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 11 (2001) 1, S. 71-103, hier S. 74.

tiver oder der Vermeidung negativer Folgen motiviert. Außenpolitische Akteure vergleichen demnach die Konsequenzen und Kosten bestimmter Handlungsoptionen auf internationaler und staatlicher Ebene und entscheiden rational. In Aussicht gestellte materielle Anreize oder unterschiedliche Formen von Druck wären diesem Ansatz entsprechend vorteilhaft für eine Anpassung oder Übernahme von außen vorgegebener Verhaltens- und Wertvorstellungen. Ein diesen Vorgaben widersprechendes Verhalten würde bestraft. Ein solcher Ansatz kann zwar darlegen, warum sich die serbische Politik bei externem Druck oder Konditionalitäten wandelt. Er kann aber nicht den Wandel ohne externen Druck erklären, der keinen offensichtlichen Nutzen bringt.

Einen zweiten Erklärungsansatz bietet die in der konstruktivistischen Außenpolitiktheorie verwendete Logik der sozialen Angemessenheit. Sie erweitert die vornehmlich auf Interessen basierte Perspektive um die soziale Eingebundenheit von Akteuren in Strukturen, welche deren Interessen und Identitäten konstituieren.³⁵ Dementsprechend wählen Akteure »norm- und regelgeleitet auf dem Hintergrund subjektiver Faktoren, historisch-kultureller Erfahrungen und institutioneller Einbindungen«³⁶ zwischen verschiedenen Handlungsoptionen. Angemessen ist dabei, was von einer Gesellschaft oder Gemeinschaft als angemessen erachtet wird. Zentral sind also »nicht die Wertvorstellungen einzelner, sondern die *intersubjektiv geteilten, wertegestützten Erwartungen angemessenen Verhaltens*«³⁷. Diese normative Orientierung definiert also Interessen, Identität und Verhalten des Akteurs.

35 Akteure und Strukturen konstruieren und konstituieren sich dabei wechselseitig im Rahmen ihrer Interaktionsprozesse. Vgl. die Akteur-Struktur-Debatte als zentral für die konstruktivistische Wende in der Erforschung der Internationalen Beziehungen, konzise zusammengefasst in Ulbert, Cornelia: »Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik: Theoretische Ansätze und methodische Herangehensweisen«, in: dies./Christoph Weller (Hg.): Konstruktivistische Analysen der Internationalen Politik, Wiesbaden: VS Verlag 2005, S. 9-34, hier S. 15 f.

36 Schaber, Thomas/Ulbert, Cornelia: »Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theoriedebatte«, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1 (1994) 1, S. 139-169, hier S. 142.

37 Boekle, Henning/Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang: Normen und Außenpolitik. Konstruktivistische Außenpolitiktheorie (= Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung 34), Tübingen: Institut für Politikwissenschaft 1999, S. 5, Herv. i. O.

Neue Mitglieder eines sozialen Gefüges werden im Rahmen eines Sozialisationsprozesses an die geltenden Erwartungen herangeführt. Um diese Überlegung auf das serbische Fallbeispiel anzuwenden, wäre davon auszugehen, dass serbische außenpolitische Akteure in ihrer Normorientierung ohnehin im serbischen Kontext sozialisiert worden sind. Ein verändertes Akteursverhalten wäre dementsprechend entweder durch einen Wandel der Normorientierung in der serbischen Gesellschaft oder durch einen konkurrierenden oder komplementären Normsozialisationsprozess in einem weiteren Referenzsystem zu erklären. Unterschiedliche Bezugseinheiten, im vorliegenden Fall internationale und nationale Ebene, implizieren unterschiedliche Vorstellungen von Angemessenheit. Die veränderte Politik auf dem Feld der Vergangenheitsaufarbeitung würde demnach dadurch zu erklären sein, dass sich die serbischen außenpolitischen Akteure zunehmend als Teil der internationalen Gesellschaft begreifen und sich an den Normen dieses Referenzsystems orientieren. Dieser Ansatz würde auch Verhaltensänderungen erklären, die nicht der Nutzenmaximierung dienen.

Allerdings ist die Intention von Akteuren empirisch nicht feststellbar. Es bleibt unklar, ob sich Akteure aufgrund ihrer Norm- oder aufgrund ihrer Interessenorientierung für ein bestimmtes Verhalten entscheiden. Es ist zudem nicht auszuschließen, dass außenpolitische Akteure ihr Handeln mit normgeleiteten Motiven erklären, obwohl eigentlich Interessen das handlungsleitende Motiv sind, und umgekehrt. Eine analytische Trennung zwischen norm- und interessengeleiteten Motiven ist demnach problematisch. Um diesen Überlegungen Rechnung zu tragen, müssen beide Dimensionen in die Analyse des Wandels der serbischen Vergangenheitsaufarbeitung einbezogen werden.

Politikwandel als Ergebnis von Normsozialisationsprozessen: transnational vs. gesellschaftlich?

Da Vergangenheitsaufarbeitung als Norm betrachtet werden kann, ist eine Weiterverfolgung des konstruktivistischen Ansatzes vielversprechend. Dieser schreibt Normen gerade in Prozessen politischen Wandels eine zentrale Rolle zu und betrachtet sie als unabhängige Variable für die Erklärung außenpolitischen Verhaltens.³⁸

38 Vgl. zum Beispiel Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn: »International Norm Dynamics and Political Change«, in: *International Organization* 52 (1998) 4, S. 887-917. Normen werden definiert durch Intersubjektivität, unmittelbare Verhaltensorientierung, Wertebezug und kontrafaktische Gültigkeit, siehe: H. Boekle/V. Rittberger/W. Wagner, *Normen und Außenpolitik*, S. 5. Die Autoren verweisen zur

Transnationale Sozialisation geht von einer verhaltensleitenden Wirkung internationaler Normen innerhalb der internationalen Gesellschaft aus. Als internationale Normen werden vor allem Kodifikationen im Völkerrecht oder in den Rechtsakten und Schlusssdokumenten internationaler Organisationen betrachtet. Grundbedingung für dieses Modell³⁹ ist, dass ein Staat neues Mitglied in der internationalen Gemeinschaft ist beziehungsweise am Anfang des Integrationsprozesses steht. Die in der internationalen Gesellschaft bestehenden Normen werden im Rahmen von drei idealtypischen Prozessen internalisiert, die in der Regel simultan ablaufen. Der erste Idealtyp ist die Adaptation und das strategische Verhandeln über die Befolgung einer Norm. Normangemessenes Verhalten erfolgt als instrumentelle Anpassung auf ausgeübten Druck. Der zweite Idealtyp ist der argumentative Diskurs, in dem Informationen ausgetauscht werden und die Gültigkeit dieser Informationen verhandelt wird, also Interpretation der Norm, Situationsdefinitionen der am Diskurs beteiligten Akteure und der Gültigkeit der Norm. Unter diesem Punkt können kommunikative Prozesse wie die moralische Bewusstseinsbildung, das sogenannte *shaming*, aber auch Überzeugungsdiskurse subsumiert werden. Der dritte Idealtyp umfasst die Institutionalisierung und Habitualisierung der Norm. Am Ende aller Prozesse stehen die Internalisierung der Norm und eine freiwillige, eigenständige und selbstverständliche Normbefolgung.

Transnationale Normsozialisationsprozesse wurden bislang vor allem am Beispiel der Menschenrechte untersucht und modelliert. An diesen Prozessen ist eine Vielzahl von Akteuren beteiligt. Das sogenannte Spiralmodell des Menschenrechtswandels besteht aus den fünf Phasen Repression, Leugnung, taktische Konzession, präskriptiver Status und regelgemäßes Verhalten. Das Modell beschreibt den transnationalen Normsozialisationsprozess unter besonderer Berücksichtigung der Interaktion verschiedener Ebenen und des Einflusses transnationaler Interessengruppen.⁴⁰ Dieses Modell verweist auf lokale Aktivisten, die

Unterscheidung zwischen unterschiedlichen Verhaltensanforderungen, denen Akteure ausgesetzt sind, auf die Kriterien Kommunalität und Spezifität.

39 Das im Folgenden beschriebene Modell stammt aus Risse, Thomas/Sikkink, Kathryn: »The Socialization of International Human Rights Norms into Domestic Practices. Introduction«, in: dies./Stephen C. Ropp (Hg.): *The Power of Human Rights. International Norms and Domestic Change* (= Cambridge Studies in International Relations), Cambridge/New York/Melbourne: Cambridge University Press 1999, S. 1-38, hier S. 11 ff.

40 Ebd., S. 20. Das Spiralmodell baut auf dem von Keck und Sikkink entwickelten *boomerang pattern* auf, vgl. Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn: *Activists Beyond*

sogenannten *true norm believers*, die den Nukleus jeglicher Normwandel- und Anpassungsprozesse bilden. Sie mobilisieren transnationale Netzwerke oder internationale Institutionen, welche moralischen Druck auf die internationale Staatengemeinschaft ausüben. Dadurch soll die Normverletzung auf die Agenda gesetzt und öffentlich angeprangert werden. Die verschiedenen, dauerhaft beizubehaltenden Formen des internationalen Drucks⁴¹ auf die nationalen Regierungen und Akteursgruppen sowie die Ausweitung auf die Innenpolitik lösen über die Stadien der Leugnung und taktischen Konzessionen eine Durchsetzung der Norm aus. Durch Wiederholung und Gewohnheit werden internationale Normen und Institutionen mit der Zeit internalisiert und zum Bestandteil alltäglicher staatlicher Praxis.

Ausgehend von dieser Perspektive ergibt sich folgende Erklärung für den Wandel der serbischen Politik auf dem Feld der Vergangenheitsaufarbeitung: Die Allianz innergesellschaftlicher und internationaler Akteursgruppen übt Druck auf serbische außenpolitische Akteure aus. Dieser sukzessive Wandel schlägt sich schließlich als Anpassung an die globale Norm der Vergangenheitsaufarbeitung in nationaler Politik nieder. Das vorliegende Modell ist für den serbischen Fall gerade hinsichtlich der Konditionalitätspolitik gegenüber Serbien plausibel. Durch die zunehmende Integration in die internationale Gesellschaft und die Assoziation an die EU wird dieser Prozess verstärkt: Die Möglichkeiten normabweichenden Verhaltens werden geringer. Hier ähnelt der serbische Fall dem der Türkei, denn hier liegen

»defensive Leugnungsstrategien und taktische Zugeständnisse im Erinnerungsdiskurs insbesondere im Vorfeld wichtiger EU-Entscheidungen nahe, d.h., es ist eine Milderung und Anpassung der Leugnung als Reaktion auf außenpolitischen Druck zu erwarten«⁴².

In Bezug auf das serbische Exempel kann allerdings nicht so modellhaft von einem transnationalen Normsozialisationsprozess ausgegangen werden, wie er im Spiralmodell des Menschenrechtswandels modelliert wurde. Es gibt nur we-

Borders. *Advocacy Networks in International Politics*, Ithaca: Cornell University Press 1998, S. 13.

41 Subotić unterscheidet zwischen Gewaltandrohung, symbolischem und bürokratischem Druck, vgl. Subotić, Jelena: *Hijacked Justice. Dealing with the Past in the Balkans*, Ithaca: Cornell University Press 2009, S. 8.

42 Diese Erwartungshaltung formulierte für die Türkei Bayraktar, Seyhan: *Politik und Erinnerung. Der Diskurs über den Armeniemord in der Türkei zwischen Nationalismus und Europäisierung (= Global Studies)*, Bielefeld: transcript 2010, S. 78.

nige und politisch weitgehend marginalisierte gesellschaftliche Kräfte im Land, die den *true believers* zugerechnet werden könnten und internationalen Druck und Netzwerke mobilisieren könnten, um einen Effekt auf die Regierung hervorzurufen.⁴³ Nichtsdestotrotz weisen viele Fälle, in denen es an *true believers* mangelt, Indikatoren für normangemessenes Verhalten ihrer außenpolitischen Akteure auf. Jelena Subotić schlägt deshalb vor, andere Akteure, die weniger idealistische Motive haben, in die Analyse miteinzubeziehen: *norm resisters*, *instrumental norm adopters* sowie *international norm promoters*. Diese Akteure agieren politisch auch auf innerstaatlicher Ebene. Ein weiterer Kritikpunkt an dem Modell ist, dass sozietale Normen und sozietale Normsozialisation zu wenig beleuchtet bleiben. Dies ist aber zentral, um die Ausgangssituation von möglichen Anpassungs- und Diffusionsprozessen erfassen zu können, denn nur auf dieser Grundlage kann ein Vergleich stattfinden. Auch bleibt aufgrund der Fokussierung auf internationale Normen die Entwicklungsrichtung hin zu einer Universalisierung von Normen in diesem Modell teleologisch. Zudem wird den kulturellen Eigenheiten und fallspezifischen Unterschieden kaum Rechnung getragen: Die Möglichkeit einer synkretistischen Neuausformung von Normen und eines daraufhin tolerierten normabweichenden Verhaltens bleibt ausgeschlossen. Im Rahmen dieser Arbeit wird der sozietalen Normsozialisation deshalb ein entsprechender Platz eingeräumt.

Sozietale Normsozialisation nimmt die Verhaltenserwartung an außenpolitische Akteure auf staatlicher Ebene auf Grundlage von in der Gesellschaft geteilten Normen in den Blick. Dabei wird zwischen expertenzentrierten und gesamtgesellschaftlichen Ansätzen unterschieden.⁴⁴ Erstere analysieren die normativen Erwartungen von Expertengruppen.⁴⁵ Sie können aufgrund ihrer Beratungsfunktion gerade bei sehr speziellen oder komplexen politischen Zusammenhängen, über die Entscheidungsträger schlecht informiert sind, einen relevanten Faktor darstellen. Dies scheint aber für die Vergangenheitsaufarbeitung nicht zuzutref-

43 J. Subotić: *Hijacked Justice*, S. 7.

44 Vgl. für eine Übersicht der im Folgenden diskutierten Ansätze H. Boekle/V. Rittberger/W. Wagner: *Normen und Außenpolitik*, S. 18 ff.

45 Diese Expertengruppen werden entweder als *advocacy coalitions*, vgl. Sabatier, Paul: »Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen. Eine Alternative zur Phasentheorie«, in: Adrienne Héritier (Hg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung* (= Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 24), Opladen: Westdeutscher Verlag 1993, S. 116-148, oder als *epistemic communities* konzeptionalisiert, vgl. Haas, Peter: »Introduction. Epistemic Communities and International Policy Coordination«, in: *International Organization* 46 (1992) 1, S. 1-35.

fen, da die Debatten darüber meist im öffentlichen Diskurs ausgetragen werden. Zudem ist es im Falle sich widersprechender Erwartungen konkurrierender Expertengruppen unmöglich, Aussagen mit Erklärungskraft zu treffen, weshalb eine ausschließliche Fokussierung auf Experten wenig sinnvoll ist.

Gesamtgesellschaftliche Ansätze identifizieren die politische Kultur oder die nationale Identität einer Gesellschaft als Indikatoren für gesamtgesellschaftlich geteilte Normen. Hierbei wird häufig auf kollektive historische Erfahrungen als Grundlage verwiesen. Problematisch an diesem Vorgehen sind die Operationalisierungen des Indikators »öffentliche Meinung« für gesamtgesellschaftlich geteilte Normen. Diese werden sehr unterschiedlich erhoben: In der quantitativen Umfrageforschung wird Gesellschaft oftmals als Kollektiv gefasst und ist eine Blackbox. Mit der Analyse von Verfassungs- und Rechtsordnungen können Aussagen über in Rechtsform gegossene Normen getroffen werden, allerdings nicht über die tatsächliche Anwendung oder einen sozialen Konsens über diese Normen. Diese Kritik trifft auch auf die Erhebung internationaler Normen über Rechtsakte zu, die der Heterogenität der internationalen Gesellschaft nicht gerecht wird. Analysen der Partei- und Wahlprogramme oder parlamentarischer Debatten reduzieren die gesellschaftliche Pluralität auf die Repräsentanten politischer Parteien. Bei den beschriebenen Ansätzen gilt, dass die Bestimmung einer einzigen gesellschaftlichen Norm nicht mehr möglich wäre, da konkurrierende normative Erwartungen nicht abgebildet werden.

Folglich bleibt unklar, wie der Einfluss von gesellschaftlichen und internationalen Sozialisationsprozessen und die in diesem Referenzsystem geltenden Normen zu hierarchisieren sind. Würden etwa Verhaltenserwartungen vorliegen, deren Norm nur in einem Referenzsystem begründet wäre, führte dies zu einem eindeutigen Einfluss auf die Außenpolitik. Wie aber gezeigt wird, liegen auf internationaler Ebene normative Vorstellungen darüber vor, wie mit Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen umzugehen ist (vgl. Kapitel 2). Im Fall Serbiens kann nicht davon ausgegangen werden, dass keine gesellschaftlichen Verhaltenserwartungen hinsichtlich der Vergangenheitsaufarbeitung bestünden. Denn die Auseinandersetzung mit den von Serben begangenen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen dauern mindestens seit 1992 an. Die beabsichtigten und unbeabsichtigten langfristigen Sozialisationseffekte der im Land eingesetzten Institutionen und angeschobenen Prozesse können aber kaum so qualifiziert werden, dass sie in die Analyse miteinbezogen werden könnten.⁴⁶ Vor

46 Vgl. Kastner, Fatima: »Trojanische Pferde. Universalistische Normen und globaler Wahrheits- und Versöhnungsdiskurs. Zur Evolution der Weltgesellschaft«, in: Hau-

1992 gemachte Erfahrungen in der Aufarbeitung der Vergangenheit müssen auch berücksichtigt werden, da diese die Normenbildung maßgeblich mit beeinflusst haben können. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass auf beiden Ebenen Vorstellungen hinsichtlich der Norm der Vergangenheitsaufarbeitung bestehen.

Folglich ist es zwar möglich, zwischen verschiedenen sozialisierenden Einflussfaktoren zu differenzieren. Es ist auch möglich, unterschiedliche Formen von Druck auf und Erwartungen an serbische außenpolitische Akteure von sozialer und transnationaler Seite auszumachen. Analytisch lässt sich aber die Wirkung der unterschiedlichen Sozialisationsprozesse auf den außenpolitischen Akteur kaum trennen: Es ist nicht feststellbar, wie oder welche an den Akteur formulierten Erwartungshaltungen tatsächlich in dessen Entscheidungsprozess eine Rolle spielen.

Denkt man allerdings vom Ergebnis des erfolgten Politikwandels her, kann bei Normen, die einander auf internationaler und auf gesellschaftlicher Ebene entsprechen, aufgrund ihrer gegenseitigen Verstärkung von einem normangemessenen Verhalten der Akteure ausgegangen werden.⁴⁷ Die in der Empirie identifizierten Differenzen und Ambivalenzen zwischen den nach innen und außen kommunizierten Normvorstellungen außenpolitischer Akteure würden jedoch einer Entsprechung der Normen auf internationaler und gesellschaftlicher Ebene zunächst widersprechen, legen sie doch unterschiedliche Regeln in unterschiedlichen Referenzsystemen nahe, denen serbische außenpolitische Akteure folgen. Dies würde bedeuten, dass die außenpolitischen Akteure die internationale Norm noch nicht internalisiert, sondern sich lediglich strategisch an sie angepasst haben, was eine symbolische Übernahme der Rhetorik der Norm mit sich bringen könnte. Da der Einfluss der Effekte der unterschiedlichen Normvorstellungen auf das Handeln der Akteure aber nicht erhoben werden kann, soll ein möglicher Anpassungsprozess auf der Grundlage der Analyse der vorhandenen Normvorstellungen in den verschiedenen Bezugssystemen nachgewiesen werden. Dies führt zu einer ersten These, der im Rahmen dieser Arbeit nachgegangen werden soll:

These 1: Die Interpretation der Norm der Vergangenheitsaufarbeitung auf gesellschaftlicher Ebene in Serbien gleicht sich zunehmend den Vorstellungen der internationalen Gesellschaft an.

ke Brunkhorst (Hg.): Demokratie in der Weltgesellschaft (= Soziale Welt 18), Baden-Baden: Nomos 2009, S. 259-276.

47 Vgl. H. Boekle/V. Rittberger/W. Wagner: Soziale Normen und normgerechte Außenpolitik, S. 77 ff.

Cortell und Davis schlagen zur Analyse der nationalen Auswirkungen internationalen Normen vor, die Faktoren struktureller politischer Kontexte sowie die Salienz der internationalen Norm auf nationaler Ebene in den Blick zu nehmen.⁴⁸ Der strukturelle Kontext kann Akteure im politischen Diskurs entweder privilegieren oder benachteiligen. Die politische Kultur kann transnationale Akteure und die Vermittlung internationaler Normen unterstützen oder behindern. Der *domestic impact* einer Norm kann anhand einer Art Begriffsgeschichte der Norm im nationalen politischen Diskurs, anhand von institutionellem oder anhand von *Policy*-Wandel festgemacht werden. Aus diesen Faktoren entwickeln Cortell und Davis eine Skala, anhand derer sie die Salienz bewerten.⁴⁹ Für den Anpassungsprozess sind demnach fünf Punkte relevant: der *cultural match* von Normen, Rhetorik, nationales Interesse, nationale Institutionen sowie vorhandene Sozialisierungskräfte. Für die Bewertung der Normdiffusion in Serbien (Kapitel 3.3) sollen diese Überlegungen strukturierend sein.

Bleibende Ambivalenzen trotz Anpassung? Zur Deutungsoffenheit von Normen

Da These 1 die Angleichung der Normvorstellungen auf internationaler und gesellschaftlicher Ebene postuliert, stellt sich die Frage, warum im innerserbischen Diskurs bis heute Aussagen und politisches Verhalten identifiziert werden können, die international geächtet werden. Als Beispiele hierzu können die Leugnung eines Genozids in Srebrenica oder die Verehrung von Kriegsverbrechern gelten. Dieses zunächst irrational scheinende Verhalten lässt sich mit der Deutungsoffenheit der Norm der Vergangenheitsaufarbeitung und den unterschiedlichen Anforderungen an Normen auf internationaler und nationaler Ebene erklären.

Anhand der Menschenrechte beschrieb Thorsten Bonacker, dass Normen mit deutungsoffenem Symbolcharakter integrativ wirkten. In Referenz auf deutungsoffene Symbole können sich Akteure – sowohl auf als auch zwischen den jeweiligen Ebenen – gegenseitig Konsens unterstellen, ohne dass es dafür ein substantielles Fundament gibt, und die Varianz der Akteure überbrücken.⁵⁰

48 Vgl. Cortell, Andrew P./Davis Jr., James W.: »Understanding the Domestic Impact of International Norms. A Research Agenda«, in: *International Studies Review* 2 (2000) 1, S. 65-87.

49 Ebd., S. 72.

50 Vgl. Bonacker, Thorsten: »Inklusion und Integration durch Menschenrechte. Zur Evolution der Weltgesellschaft«, in: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 24 (2003) 2,

»Integration vollzieht sich dadurch, dass etwas mit Unterschiedlichem identifiziert wird. Durch diese Verbindung unterschiedlicher als äquivalente Deutungen wird das deutungs-offene Symbol mit einer solchen Fülle von Deutungen identifiziert, dass es selbst als deutungs-offen erscheint, obwohl es in Wahrheit jeweils spezifisch, aber eben unterschiedlich gedeutet wird.«⁵¹

Dem Anspruch der Deutungsoffenheit wird die internationale Norm der Vergangenheitsaufarbeitung durch die Elastizität ihres Konzepts gerecht. Anders als auf internationaler Ebene müssen Normen aber – obwohl sie auch hier eine integrierende Funktion haben – auf innenpolitischer Ebene geschlossener und spezifischer präsentiert werden. Hier geht es um eine konkrete Politikformulierung. Für gesellschaftliche Akteure ist die konflikthafte Auseinandersetzung über das »Wie« der Normbefolgung und -gestaltung in der Öffentlichkeit eine Ressource im (partei-)politischen Wettbewerb, die sowohl der eigenen Legitimation, der Profilierung als auch der Identitätsbildung dient. Somit würde aber die konkrete Ausgestaltung der Norm Gegenstand innenpolitischer Konflikte, auch wenn die internationale Norm der Vergangenheitsaufarbeitung weitgehend den gesellschaftlichen Vorstellungen entspräche und nach außen ein weitgehend normkonformes Verhalten zeigte. Dieser Umstand bietet subversives Potential für gesellschaftliche und politische Kräfte, die Norm für sich nutzbar machen, indem sie sie rezipieren, aber für ihre Zwecke umdeuten. Daraus ergibt sich eine zweite These, der in der Analyse nachgegangen wird:

These 2: Auch wenn sich Normen auf internationaler und gesellschaftlicher Ebene weitgehend entsprechen und nach außen ein normangemessenes Verhalten zu beobachten ist, kann die Normausdeutung auf gesellschaftlicher Ebene weiterhin Gegenstand des politischen Konflikts sein: Aufgrund des hohen Symbolwerts der Norm für die Legitimität und Identität der gesellschaftlichen Akteure werden Konflikte nicht in Ablehnung der Norm, sondern über die Frage nach deren Deutung und Ausgestaltung ausgetragen.

S. 121-149, sowie ders./Brodocz, André: »Im Namen der Menschenrechte. Zur symbolischen Integration der internationalen Gemeinschaft durch Normen«, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 8 (2001) 2, S. 178-208.

51 T. Bonacker: »Inklusion und Integration durch Menschenrechte«, S. 131.

1.3 VERGANGENHEITSAUFARBEITUNG

Begriffsklärung

Die im deutschsprachigen Raum verwendeten Konzepte auf dem Feld des Umgangs mit einer durch Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen gekennzeichneten Vergangenheit sind vielfältig: Vergangenheitsaufarbeitung, -bewältigung, Vergangenheits- und Geschichtspolitik. Diese Begriffe, die ursprünglich nur für den spezifisch deutschen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit verwandt wurden, werden meist synonym benutzt und sind dadurch wenig trennscharf. Allgemein bezeichnen sie einen kritischen Umgang mit der Gewaltvergangenheit.

Der älteste Begriff scheint dabei *Vergangenheitsaufarbeitung* zu sein. Theodor Adorno schreibt 1963, dass Aufarbeitung der Vergangenheit »von einer Formulierung ausginge, die sich während der letzten Jahre als Schlagwort höchst verdächtig gemacht«⁵² habe – um einen Schlussstrich unter eben jene nationalsozialistische Vergangenheit zu ziehen. Er hingegen setzt diesem Gestus einen aufklärerischen und selbstreflexiven Impetus entgegen, nach welchem eine kontinuierliche »Aufklärung über das Geschehene einem Vergessen entgegenarbeiten«⁵³ müsse, um ein demokratisches Lernen zu ermöglichen. Gerade im bundesrepublikanischen Fall wird ab den 1960er Jahren die Dimension der intellektuell-wissenschaftlichen und pädagogischen Verarbeitung, vor allem im Rahmen der politischen Bildung, als zentral für eine Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit verstanden.

Vergangenheitsbewältigung umfasst in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik mindestens drei Ebenen: einen Prozess der gesellschaftlichen Verdrängung und Verleugnung, die kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und den Kampf um kulturelle Hegemonie.⁵⁴ Die Verwen-

52 Adorno, Theodor W.: »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit«, in: ders.: Eingriffe: Neun kritische Modelle, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1963, S. 125-146, hier S. 125.

53 Ebd., S. 141.

54 Vgl. Wöll, Andreas: »Vergangenheitsaufarbeitung in der Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik. Zur Konfliktlogik eines Streitthemas«, in: Schaal, Gary S./Wöll, Andreas (Hg.): Vergangenheitsbewältigung. Modelle der politischen und sozialen Integration in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte, Baden-Baden: Nomos 1997, S. 29-42.

dung des Begriffes als »strategisches Argument für historische Sinndeutung«⁵⁵ in deutschen wissenschaftlichen Diskursen lässt ihn hinsichtlich seines analytischen Potentials als ungeeignet erscheinen. Ab 1990 wird der Begriff in seiner Verwendung auch auf die DDR-Vergangenheit ausgedehnt.

Vergangenheitspolitik hingegen bezeichnet bei Norbert Frei konkret die Amnestierung und Integration von Mitläufern im Nationalsozialismus in Relation zur konsequenten Strafverfolgung von Haupttätern zur normativen Abgrenzung im bundesrepublikanischen Fall.⁵⁶

Ab 1998 werden alle drei Begriffe im deutschsprachigen Diskurs von ihrem Entstehungskontext und dem mit ihm transportierten Konzept gelöst und bisweilen unzulässig stark geweitet. So wird Vergangenheitsbewältigung bei Helmut König zu einem

»Sammelbegriff für jene Aktivitäten [...], mit denen sich demokratische und auf die Menschenrechte verpflichtete politische Systeme und Gesellschaften mit ihren durch Diktatur und Verbrechen gekennzeichneten Vorgängersystemen auseinandersetzen«⁵⁷.

-
- 55 Dudek, Peter: »Vergangenheitsbewältigung«: Zur Problematik eines umstrittenen Begriffs«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (1992) 1-2, S. 44-53, hier S. 44. Siehe auch: ders.: »Sozialwissenschaften und Nationalsozialismus. Zum Stand der disziplingeschichtlichen ›Vergangenheitsbewältigung‹«, in: *Neue Politische Literatur* 35 (1990), S. 407-442.
- 56 Vgl. Frei, Norbert: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München: Beck 1996.
- 57 König, Helmut/Kohlstruck, Michael/Wöll, Andreas: »Einleitung«, in: dies. (Hg.): *Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts* (= *Leviathan Sonderhefte* 18), Opladen: VS Verlag 1998, S. 7-10, hier S. 7. Eine ausführliche Definition bietet Helmut König am Ende des Bandes: »Unter Vergangenheitsbewältigung ist die Gesamtheit jener Handlungen und jenes Wissens zu verstehen, mit der sich die jeweiligen neuen demokratischen Systeme zu ihren nichtdemokratischen Vorgängerstaaten verhalten. Es geht dabei vor allem um die Frage, wie die neu etablierten Demokratien mit den strukturellen, personellen und mentalen Hinterlassenschaften ihrer Vorgängerstaaten umgehen und wie sie sich in ihrer Selbstdefinition und ihrer politischen Kultur zu ihrer jeweiligen belastenden Geschichte stellen«, vgl. König, Helmut: »Von der Diktatur zur Demokratie oder Was ist Vergangenheitsbewältigung«, in: ders./M. Kohlstruck/A. Wöll (Hg.): *Vergangenheitsbewältigung* (1998), S. 371-392, hier S. 375.

Edgar Wolfrum und Petra Bock fokussieren sich unter dem Begriff *Geschichtspolitik* darauf, »wie nach der Überwindung eines diktatorischen oder autoritären Systems mit dessen unmittelbaren personellen und materiellen Hinterlassenschaften umgegangen wird«⁵⁸. Günther Sandner grenzt Vergangenheitspolitik von dem Überbegriff Geschichtspolitik ab und versteht darunter »den politischen, justiziellen und kulturellen Umgang einer demokratischen Gesellschaft mit ihrer diktatorischen Vergangenheit«⁵⁹. Bei Ruth Fuchs und Detlef Nolte ist *Vergangenheitspolitik* die »staatliche Aufarbeitung der im Kontext von Diktaturen oder Bürgerkriegen begangenen Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten«⁶⁰. Diese begrifflichen Unsicherheiten ziehen sich durch die gesamte Literatur zum Gegenstand sowohl im deutschen als auch im englischen Diskurs.

In der Politikwissenschaft ist die systematische Erforschung des Umgangs mit Gewaltvergangenheit in der Transformationsforschung angesiedelt und erlebt im Zuge der dritten Demokratisierungswelle eine erstaunliche Konjunktur. Die Arbeiten von Guillermo A. O'Donnell und Philippe Schmitter⁶¹ werfen erstmals die Frage der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen als Problem des Systemwandels auf. Auch Samuel Huntington identifiziert die Frage des Umgangs mit Tätern des Vorgängerregimes nach der Transition als sogenanntes »torturer problem«⁶². Im Zentrum des Interesses stehen »political decisions made in the immediate aftermath of the transition and directed towards in-

58 Vgl. Bock, Petra/Wolfrum, Edgar: »Einleitung«, in: dies. (Hg.): *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich* (= Sammlung Vandenhoeck), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1999, S. 7-14.

59 Sandner, Günther: »Hegemonie und Erinnerung. Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30 (2001) 1, S. 5-17, hier S. 7.

60 Fuchs, Ruth/Nolte, Detlef: »Politikfeld Vergangenheitspolitik. Zur Analyse der Aufarbeitung von Menschenrechtsverbrechen in Lateinamerika«, in: *Lateinamerika Analysen* 3 (2004) 9, S. 59-92, hier S. 66.

61 O'Donnell, Guillermo A./Schmitter, Philippe C.: *Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, Baltimore: Johns Hopkins 1986.

62 Huntington, Samuel P.: *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century* (= Julian J. Rothbaum distinguished lecture series 4), Norman/London: University of Oklahoma Press 1991.

dividuals on the basis of what they did or what was done to them under the earlier regime«⁶³.

Um dieses Untersuchungsfeld eigenständig zu bezeichnen, führte Ruti G. Teitel in den 1990er Jahren den Begriff *transitional justice* ein.⁶⁴ In der politikwissenschaftlichen Literatur bestehen Diskussionsstränge über die politischen Imperative von Aufarbeitungsprozessen, über die Rahmenbedingungen verschiedener Aufarbeitungsinstrumente sowie über die Frage, ob und wie Aufarbeitungsprozesse auf die Demokratisierung und Demokratieentwicklung zurückwirken. Die skizzierte konzeptionelle Engführung wurde im Laufe der Zeit aufgehoben. Ursprünglich nur für die kurze Periode des politischen Wandels gedacht, wurde das Konzept hinsichtlich seiner zeitlichen Begrenztheit geöffnet und auf nichtstaatliche Verbrechen, über die Staatsgrenzen hinaus sowie auf Nachkriegsgesellschaften ausgeweitet. Neben juristischen (*retributive justice*) wurden zunehmend nichtjuristische Formen (*restorative justice*) inkludiert. *Transitional justice* entwickelte sich sukzessive zu einem Set von allgemeinen Praktiken der Konfliktbewältigung. Dieses Set umfasst juristische Prozesse, Amnestien, Wahrheitskommissionen, Reparationen, Lustrationspolitik – also die Entfernung politisch belasteten Personals aus öffentlichen Positionen nach vorhergehender Überprüfung – sowie Formen symbolischer Politik wie Entschuldigungen oder die Institutionalisierung historischer Narrative in Denkmälern, Schulbüchern oder Gedenkfeiern.⁶⁵

Dem Diskurs über *transitional justice* liegt seit Ende der 1980er das Streben nach Gerechtigkeit und Wahrheit zugrunde, oftmals wurden auch darüber hinaus

63 Elster, Jon: »Coming to Terms with the Past. A Framework for the Study of Justice in the Transition to Democracy«, in: Archives Européennes de Sociologie 39 (1998) 18, S. 7-48, hier S. 14.

64 Vgl. Hazan, Pierre: Judging War, Judging History. Behind Truth and Reconciliation (= Stanford Studies in Human Rights), Stanford: Stanford University Press 2010, S. 8, sowie Olsen, Tricia D./Payne, Leigh A./Reiter, Andrew G.: Transitional Justice in Balance. Comparing Processes, Weighing Efficacy, Washington: United States Institute of Peace Press 2010, S. 9. Auch im Englischen existieren parallele Begriffsverwendungen wie *facing the past*, *dealing with the past*, *coming to terms with the past* oder *mastering the past*.

65 Siehe den aktuellen Forschungsstand überblicksartig bei Engert, Stefan/Jetschke, Anja: »Transitional Justice 2.0. Zur konzeptionellen Erweiterung eines noch jungen Forschungsprogramms«, in: Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization 86 (2011) 1-2, S. 15-43.

größere normative Agenden postuliert.⁶⁶ Die hohen Versprechungen, die mit dem Konzept verknüpft werden, reichen von einem postulierten Ende der Straflosigkeit und nachhaltigen Effekten für die politische Kultur über soziale Transformation und Konfliktprävention bis hin zu Frieden und inner- und zwischenstaatlicher Versöhnung. *Transitional justice* selbst wird nur selten kritisch hinterfragt, da die Zielrichtungen des Konzepts, Demokratisierung und Zivilisierung, allgemein als erstrebenswert gelten. Auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Gegenstand, die in den letzten Jahren einen regelrechten Boom erlebt hat,⁶⁷ ist von diesem normativen *bias* nicht ausgenommen. Im Zentrum des Forschungsinteresses stehen weitere normative Kategorien: die Frage »nach dem ›gerechten‹ (abhängige Variable: Gerechtigkeit) beziehungsweise dem ›richtigen‹ oder ›effektiven‹ (abhängige Variable: nachhaltige Befriedung) Umgang mit Schuld«⁶⁸.

Gerade diese inhärente Normativität birgt Konfliktpotential, da durch sie sowohl von Akteuren als auch von Forschenden das Konzept dichotomisch, hierarchisch und teleologisch gedeutet wird: Es wird zwischen einem barbarischen »Davor« und einem modernen »Danach« unterschieden, wobei die Praktiken der Aufarbeitung eine symbolischen Reinigung – »from a contaminating state of conflict and illiberalism to a condition of liberal democratic purity«⁶⁹ – anzeigen und als Übergangsritus von einer zu einer anderen Phase dienen. Diese führen dabei idealisiert zu einem

»post« state of liberalism defined by a cluster of key terms, such as »rule of law«, »civil society«, »legal culture«, »civilized«, »human rights«, »democratic«, »pluralistic«, »free market«, and »liberal«⁷⁰.

Transitional justice konstituiert folglich neue liberale, demokratische Identitäten, Subjekte und Narrative. Die normativen Implikationen des Konzepts verleihen

66 Siehe ausführlich Crocker, David A.: »Transitional Justice and International Civil Society. Toward a Normative Framework«, in: *Constellations* 5 (1998) 4, S. 492-517, hier S. 496.

67 Wie eine steigende Zahl von Seminaren, Konferenzen und *working groups* belegen, wächst das Forschungsfeld rasant. Seit 2007 erscheint auch das *International Journal of Transitional Justice* bei *Oxford Journals*.

68 S. Engert/A. Jetschke: »Transitional Justice 2.0«, S. 24 f.

69 Vgl. Hinton, Alexander Laban: »Introduction. Toward an Anthropology of Transitional Justice«, in: ders./S. E. Bronner/N. Navarro (Hg.): *Transitional Justice*, S. 1-22.

70 Ebd., S. 6 f.

seinen Initiatoren und Anhängern Legitimität, während seine Gegner sowie die Repräsentanten des Vorgängerregimes disqualifiziert werden. Ein weiteres Problem ist das postulierte Ziel der Wahrheit und/oder Gerechtigkeit, das die naturgegebene Richtigkeit einer Interpretation impliziert. Sowohl die Vorstellung normativer Überlegenheit des Konzepts an sich, die Qualifizierungen in gut/ böse oder Täter/Opfer, als auch das *richtige* Bild der Geschichte implizieren Machtkämpfe um normative Dominanz. Diese Konfliktivität und Politizität bleiben allerdings bislang – vor allem in empirischen Studien – weitgehend ausgeblendet.

Das Problem der dargelegten Konzepte ist ihre Heterogenität: Weder gibt es einen einheitlichen Begriff noch ist der Untersuchungsgegenstand klar umrissen. Mal wird ein normatives Konzept, mal eine konkrete Praxis oder ein konkreter Diskurs, mal ein Politikfeld bezeichnet. Zumeist wird staatliches Handeln benannt, doch zunehmend werden auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten einbezogen. Unklar bleibt zudem, ob staatliche oder individuelle Verbrechen im Vordergrund stehen sollten. Im Wust von Begriffen und Definitionen, die bisweilen synonym füreinander verwendet werden, wenig trennscharf und häufig normativ stark aufgeladenen sind, bemerken Olsen et al. treffend:

»Definition and measurement problems plague the study of transitional justice. Multiple and often conflicting definitions confound understanding of the goals themselves. ›Truth‹, ›justice‹, ›democracy‹, ›human rights‹, ›perpetrators‹, ›reconciliation‹, and ›reparations‹ all hold different meanings for different social actors and social scientists.«⁷¹

Diese begrifflichen und definitorischen Unschärfen stellen vielfältige Probleme für empirische Arbeiten dar. Im Folgenden soll diese Unbestimmtheit und Vagheit des Begriffsfelds als Ausgangspunkt genommen und nicht als normatives Konzept verwendet werden. Statt dessen wird *Vergangenheitsaufarbeitung* als analytische Chiffre für die verschiedenen Vorstellungen und Möglichkeiten eines Umgangs mit Kriegsverbrechen verschiedener Akteure dienen.

Natürlich könnte auch der Terminus *transitional justice* verwendet werden, wovon aber aufgrund der irreführenden Semantik und der problematischen Übersetzung (transitionale Gerechtigkeit) abgesehen wird. Zudem ist Vergangenheitsaufarbeitung der am häufigsten verwendeten serbischen Bezeichnung am nächsten: *součavanje za prošlost* – das Konfrontieren, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Zwar sind auch andere Bezeichnungen im Serbischen zu finden, um Prozesse der Vergangenheitsaufarbeitung zu bezeich-

71 T. D. Olsen/L. A. Payne/A. G. Reiter: *Transitional Justice in Balance*, S. 131.

nen, wie *savladavanje prošlosti* (das Überwinden der Vergangenheit) oder *preispitivanje prošlosti* (Überprüfung der Vergangenheit), allerdings sind beide Termini sehr selten und beziehen sich auf Spezialdebatten.

Vergangenheitsaufarbeitung als symbolischer Kampf um Deutungshoheit

Die Vergangenheit aufzuarbeiten ist per se *politisch*: Bisher konsensual und kollektiv geltende Bedeutungen, Identitäten und Strukturen werden als Ergebnisse kontingenter Entscheidungen und Festlegungen offenbar und mit Alternativen konfrontiert und neu verhandelt. Ein zentrales Anliegen dieser Arbeit ist es, diesen politischen Charakter und die damit verbundenen symbolischen Kämpfe und Aushandlungsprozesse herauszustellen.

Zu diesem Zweck wird im Folgenden als Heuristik die diskursanalytische Hegemonietheorie verwendet, die von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe gemeinsam veröffentlicht und von Laclau weiter konzeptionalisiert wurde.⁷² Beiden ging es darum, den politischen Charakter gesellschaftlicher Strukturen als Ergebnisse kontingenter Entscheidungen, von Aushandlungsprozessen der dahinterstehenden Machtverhältnisse zu begreifen.

Leitend in den Überlegungen von Laclau und Mouffe ist die Vorstellung, dass erst durch das In-Beziehung-Setzen im Moment einer Artikulation einem Element vorübergehend eine Bedeutung zukommt. Bedeutung lässt sich grundsätzlich nur in Differenz, also in Abgrenzung, konstituieren. Artikulationen um-

72 Vgl. Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien/München: Passagen Verlag 2006. Ausführlicher zum Diskursbegriff von Laclau und Mouffe, vor allem in Abgrenzung zum normativen Diskursbegriff von Jürgen Habermas siehe Nonhoff, Martin: »Diskurs«, in: Gerhard Göhler/Matthias Iser/Ina Kerner (Hg.): Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung (= Politische Theorie 2594), Wiesbaden: VS Verlag 2004, S. 65-82, allgemeiner Nonhoff, Martin: »Chantal Mouffe und Ernesto Laclau. Konfliktivität und Dynamik des Politischen«, in: Ulrich Bröckling/Robert Fenstel (Hg.): Das Politische denken. Zeitenössische Positionen, Bielefeld: transcript 2010, S. 33-57. Zu Laclaus hegemonie- und kulturtheoretischen Überlegungen siehe Reckwitz, Andreas: »Ernesto Laclau. Diskurse, Hegemonien, Antagonismen«, in: Stephan Moebius/Dirk Quadflieg (Hg.): Kultur. Theorien der Gegenwart, Wiesbaden: VS Verlag 2006, S. 339-349, und Dyrberg, Torben Bech: »Diskursanalyse als postmoderne politische Theorie«, in: Oliver Marchart (Hg.): Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus, Wien: Turia + Kant 1998, S. 23-65.

fassen sämtliche relationale Praktiken, auch nichtsprachliche, symbolische oder materielle Referenzen. Erst diskursive Routinen und Wiederholungen – die aber immer auch eine Andersheit der Wiederholung implizieren – machen eine gewisse Eindeutigkeit möglich. So entstehen »schier unendliche, differenzbasierte Verweisungsräume«⁷³, deren »strukturierte Totalität«⁷⁴ einen Diskurs ergeben.

Der diskursiven Instabilität treten »hegemoniale Projekte« als komplexe diskursiv-materielle Beziehungsgeflechte entgegen, die darauf abzielen, die Vorherrschaft über die Sinnzuweisung zu erringen und die von ihnen vorgenommenen Zuordnungen als einzig mögliche und allgemeine zu präsentieren. Ideologisch sind sie insofern, als sie durch die Universalisierung ihrer partikularen Interessen und Interpretationen eine Schließung des kulturellen Horizonts anstreben. Dies gelingt ihnen, indem sie Elemente äquivalent setzen, somit Differenzen überformen und Identität herstellen. Sogenannte leere Signifikanten⁷⁵ dienen als Knotenpunkte, die durch ihre Deutungsoffenheit symbolisch die Identität der Gemeinschaft oder das Allgemeine zum Ausdruck bringen. Gleichzeitig werden Ausschließungen vorgenommen, also als Differenz oder verworfenes Außen markiert, wer oder was nicht zur Diskursformation des hegemonialen Projekts gehört. Da sich dieses verworfene Außen nicht integrieren lässt, ist der Universalitätsanspruch eines hegemonialen Projekts per se unterminiert.

Laclau und Mouffe selbst haben keine Operationalisierung ihrer Diskurstheorie zur konkreten Analyse empirischen Materials vorgenommen. Dementsprechend wurde kritisch angemerkt, dass eine in ihrer Semantik vorgenommene Schilderung konkreter Beispiele vor allem illustrativ bleibe, auch würden sie die analysierten Daten nicht zur Einbindung in die Theoriebildung berücksichtigen.⁷⁶

Diese Kritik mag für das wissenschaftliche Schaffen von Laclau und Mouffe, die beide im Bereich der politischen Theorie verhaftet blieben, berechtigt sein.

73 M. Nonhoff: »Chantal Mouffe und Ernesto Laclau«, S. 37.

74 E. Laclau/C. Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie, S. 141.

75 Vgl. ideengebend Laclau, Ernesto: »Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun?«, in: ders.: Emanzipation und Differenz, Wien/München: Turia + Kant 2007, S. 65-78. Ausführlich zum leeren Signifikanten vgl. Nonhoff, Martin: Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt Projekt ›Soziale Marktwirtschaft‹ (= Sozialtheorie), Bielefeld: transcript 2006, S. 124 ff.

76 Vgl. Keller, Reiner: Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms, Wiesbaden: VS Verlag 2005, S. 165, oder Kiel, Sören: State Bonus und Social Credit. Zwei frühe Grundeinkommensvorschläge in diskurstheoretischer Perspektive, Diplomarbeit, Hamburg 2008, S. 15.

Einige jüngere Arbeiten haben allerdings ihren Ansatz fruchtbar rezipiert und konstruktiv operationalisiert. Er kann genutzt werden, um einerseits Diskurse und Interaktionen von Akteuren unter Offenlegung der Machtverhältnisse und des Konstruktionscharakters von Kategorien zu beschreiben; andererseits können auf ihrer Basis Artikulationen, Signifikanten oder diskursive Strategien operationalisiert und analysiert werden. Georg Glasze schlägt hierzu ein rein induktives, korpusbasiertes Verfahren vor und trianguliert lexikometrische Verfahren wie Frequenzanalyse und Kookurrenzanalyse mit der Analyse narrativer Muster.⁷⁷ Anhand von vier unterschiedlichen, geschlossenen Teilkorpora untersucht er die Konstitution der Frankophonie über einen längeren Zeitraum. Mittels Frequenzanalyse zeigt er Dynamiken und Verschiebungen in der Verwendung bestimmter Signifikanten auf, die er durch die Analyse narrativer Muster zu erklären versucht. An den zweiten Schritt der Untersuchung der semantischen Beziehungen in der Verwendung eines Signifikanten schließt auch Judith Renner⁷⁸ an, die die Gebrauchsmuster von Versöhnung in unterschiedlichen Kontexten analysiert. Martin Nonhoff operationalisiert die Diskurstheorie von Laclau und Mouffe mit einem anderen Fokus: Sein Interesse gilt der Frage, wie sich hegemoniale Projekte in bestimmten Kontexten konstituieren. Dazu leitet er neun Strategeme aus den Überlegungen von Laclau und Mouffe ab, mit denen hegemoniale Projekte diskursive Vorherrschaft anstreben. Diese überzeugende und innovative theoretische Weiterentwicklung, die ein großes analytisches Potential zu entfalten verspricht, versucht er dann anhand zentraler Texte aus der Anfangsphase der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland zu rekonstruieren.⁷⁹

Aufbauend auf diesen Erfahrungen möchte die vorliegende Arbeit die Vorzüge der Möglichkeiten kombinieren, die aus der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe und ihren Operationalisierungen ableitbar sind.

77 Vgl. Glasze, Georg: »Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden«, in: *Historical Social Research* 33 (2008) 1, S. 185-223.

78 Renner, Judith: »Versöhnung« als leerer Signifikant im Kontext politischer Transformationen. Eine diskursanalytische Konzeptualisierung«, in: *Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization* 86 (2011) 1-2, S. 245-270, hier S. 251 ff.

79 Vgl. M. Nonhoff, *Politischer Diskurs und Hegemonie*.

1.4 ANALYSESCHRITTE UND OPERATIONALISIERUNG

Um der angesprochenen Pluralität von Norminterpretationen einzelner Akteure innerhalb der beiden Referenzsysteme gerecht zu werden, reicht es nicht aus, nur die in Kodifizierungen bereits festgeschriebenen Normen als Indikator für sozial geteilte Normvorstellungen zu nehmen. Das würde einerseits eine Homogenität sowohl der internationalen als auch der serbischen Gesellschaft als Akteure suggerieren und andererseits ein Bestehen »fertiger« sozial geteilter Normen implizieren, von welchen nicht einfach so ausgegangen werden kann. Damit würden die Kontingenz, der Konstruktcharakter der Norm sowie die Reichweite der unterschiedlichen Normvorstellungen in den jeweiligen Referenzsystemen ausgeblendet.

Deshalb soll Vergangenheitsaufarbeitung als analytische Kategorie verwendet werden, die die durchaus sehr unterschiedlichen Vorstellungen verschiedener Akteure auf den beiden Ebenen über den Umgang mit Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen bezeichnet. Theoretisch müssten die Normvorstellungen in den Äußerungen jeglicher am Prozess beteiligten Akteure zunächst einzeln synchron und diachron untersucht werden. Ein inhalts- oder diskursanalytisches Vorgehen liegt hierbei nahe. Da ein inhaltsanalytisches Verfahren implizieren würde, dass die relevanten, am Prozess beteiligten Akteure bereits identifiziert worden wären, soll ein rekonstruktives diskursanalytisches Verfahren gewählt werden, das die Äußerungen auf einem bestimmten Feld, dem Politikfeld der Vergangenheitsaufarbeitung, in den Blick nimmt. Daraufhin müssten diese Äußerungen synchron und diachron verglichen werden, um eine Differenz bestimmen und Wandel aufzeigen zu können. Die vorliegende Arbeit möchte diesem Anspruch gerecht werden, muss sich aber auch begrenzen, da eine Untersuchung in dieser Tiefe und Breite empirisch kaum im Rahmen einer einzelnen Arbeit geleistet werden kann. Dementsprechend wird ein mehrstufiges Vorgehen für die Analyse gewählt, das verschiedene Analyseverfahren miteinander kombiniert und somit synchrone und diachrone Schnitte durch die Diskurse ermöglicht.

In einem ersten Schritt soll den grundsätzlichen Vorstellungen über den Umgang mit Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen in der internationalen und in der serbischen Gesellschaft nachgegangen werden (Kapitel 2). Dazu werden die historischen Erfahrungen mit Vergangenheitsaufarbeitung in dem jeweiligen Referenzsystem zum Ausgangspunkt gemacht, die in erster Linie über konkrete Festschreibungen der Norm beschrieben werden können. So kann eine Art Genealogie der Normen nachgezeichnet werden.

Zum Zweiten wird der Politikwandel im serbischen Umgang mit begangenen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen während der Jugoslawienkriege betrachtet (Kapitel 3). Hier steht neben dem Verhalten der außenpolitischen Akteure die konkrete Umsetzung in Form von Initiativen oder der Einrichtung von Institutionen im Vordergrund. Hinsichtlich der angenommenen unterschiedlichen normativen Referenzsysteme wird ein besonderes Augenmerk auf Konflikte und Interaktionsmuster wie die Konditionalitätspolitik und deren (Nicht-) Befolgung sowie auf Strategien gelegt, die als taktische Konzessionen oder Ausweichstrategien gewertet werden.

Ein dritter Schritt wählt die Diskussion über die Verurteilung des Massakers von Srebrenica als Beispiel, um die Normvorstellungen und Verhaltenserwartungen von Akteuren auf beiden Ebenen tiefergehend in den Blick zu nehmen (Kapitel 4). Die Auseinandersetzungen um Deutungsfestschreibungen werden als diskursive Kristallisationspunkte gewertet, da sie besonders konflikthaft zu sein scheinen und somit die Pluralität an Deutungsangeboten auf den verschiedenen Ebenen sichtbar macht. Zur Analyse der Vorstellungen auf internationaler Ebene werden Deutungsfestschreibungen seit 1995 in den Fokus gestellt, die einerseits die Berichte und Deklarationen von staatlichen Akteuren wie Frankreich oder den Niederlanden, andererseits die von nichtstaatlichen Akteuren wie den Vereinten Nationen, des ICTY, dem Internationalen Gerichtshof oder schließlich der EU berücksichtigen. Die hinsichtlich des Massakers von Srebrenica verfassten Berichte, Deklarationen und Urteile sollen in die Analyse miteinbezogen werden.

Die Auseinandersetzung mit Srebrenica erscheint auch als besonders aussagekräftig für die serbische Vergangenheitsaufarbeitung, da die Frage der Verurteilung des Massakers in Form einer Deklaration der Nationalversammlung 2005 und 2010 jeweils über mehrere Monate öffentlich diskutiert wurde und sich sämtliche relevanten politischen und gesellschaftlichen Akteure an der Auseinandersetzung beteiligten. Hierzu werden 13 Deklarationsvorschläge analysiert, die zwischen 2005 und 2010 von verschiedenen Parteien und NGOs vorgelegt wurden. Gerade die Beobachtung über mehrere Jahre kann graduelle Veränderungen aufzeigen, da die zum Teil monatelangen Debatten eine Perspektive auf ein Spektrum von politischen Meinungen im Land eröffnen. So können die Evolution eines Diskurses über die Vergangenheit und die Faktoren, die das staatliche Handeln erklären, nachvollzogen werden. Aus den Deklarationsvorschlägen können konkrete Verhaltenserwartungen und Normvorstellungen abgeleitet werden. Um die öffentlichen Diskurse über die eine Deklaration zu Srebrenica in den Jahren 2005 und 2010 zu rekonstruieren, wurde die Berichterstattung serbi-

scher Tages- und Wochenzeitungen vom ersten Auftauchen des Themas bis etwa eine Woche nach Beendigung der jeweiligen Debatte analysiert.

Diese Korpora können auch Hinweise darauf geben, inwieweit sich in der vergleichsweise kurzen Zeitspanne von etwa einem halben Jahrzehnt die Normvorstellungen über den Umgang mit Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen im öffentlichen Diskurs verändert haben. Falls im Material von 2010 zunehmend Semantiken oder Themen des zuvor dem internationalen Repertoire zugeordneten Spektrums identifiziert werden können, wäre das ein Beleg für eine zunehmende Entsprechung beziehungsweise Annäherung beider Normen.

Um einen möglichen diskursiven Wandel zu belegen, werden die Zeitungskorpora zunächst lexikometrisch untersucht und so die Häufigkeit der *token*⁸⁰ im vorliegenden Material ermittelt. Ursprünglich war daraufhin eine weitere ausführliche qualitative Analyse von zuvor identifizierten extremen Ausschlägen vorgesehen, um den konkreten Gebrauch bestimmter Begriffe zu fassen. Diese Methode erwies sich aber als vergleichsweise unergiebig für den zu betreibenden Aufwand und brachte kaum neue Einsichten, so dass die qualitative Analyse nicht bis zum Ende durchgeführt wurde. Die Ergebnisse der Explorationsphase der qualitativen Untersuchung wurden berücksichtigt und können die festgestellten diskursiven Verschiebungen teilweise erklären.

Aus den Positionen serbischer politischer Akteure heraus kann abgeleitet werden, ob eine Ablehnung der Norm der Vergangenheitsaufarbeitung (noch) als möglich erachtet wird. Denn nachdem die Norm akzeptiert wurde, würden Konflikte über den Umgang mit Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen nicht mehr über die Frage der Aufarbeitung an sich ausgetragen, sondern über die konkrete Ausdeutung der Norm. Die konkrete Politikformulierung würde dann zu einem Teil des politischen Wettbewerbs.

In einem schlussfolgernden Kapitel sollen die gebildeten Hypothesen auf Grundlage der Ergebnisse der Analyseschritte verifiziert oder falsifiziert sowie die Befunde und die gewählte Methode mit Blick auf die einschlägige Literatur reflektiert werden.

Da die Vielzahl von Namen, die Komplexität staatlicher Desintegration sowie das volatile Parteiensystem von Autor und Leser große Aufmerksamkeit erfordern, wird zum Nachschlagen in der Anlage eine chronologische Übersicht der serbischen Auslieferungen an das ICTY sowie der Staatsoberhäupter und Regierungschefs Jugoslawiens und Serbiens 1989-2014 vorgehalten.

80 *Token* und *type* unterscheiden in der Linguistik zwischen einem einzelnen Vorkommnis und einem Vorkommnistyp.

1.5 MATERIAL

Das dieser Arbeit zugrundeliegende empirische Material beruht auf Sekundär- und Primärliteratur. Zu seiner Erhebung wurden die Bestände und Datenbankzugänge der Universitäten Jena, Marburg, Frankfurt und Hamburg genutzt. Schwerer greifbare Journalartikel konnten über die Universität Oxford erreicht werden. Während mehrmonatiger Forschungsaufenthalte 2010 und 2011 in Belgrad und Novi Sad wurden die Bibliotheken der Universitäten, des Belgrader *Institute of International Politics and Economics* sowie der *Matica Srpska* genutzt. Dies ermöglichte den Zugriff auf nur lokal verfügbare wissenschaftliche Literatur und Originalquellen.

2009 wurden in der Bibliothek des Südostinstituts Regensburg die dort vorgehaltenen serbischen Wochenzeitungen *Vreme* und *NIN* für den Zeitraum 1991 bis 2002 gesichtet, um auf dieser Grundlage Tendenzen für die Medienberichterstattung über Kriegsverbrechen im Milošević-Regime und in der Zeit direkt nach der Transition auszumachen. Andrej Ivanij, Redakteur bei *Vreme*, ermöglichte einen Zugang zum Onlinearchiv der Zeitung. Dank Velimir Čurgus Kazimir, einem Belgrader NGO- und Medienaktivisten, konnte das digitale Medienarchiv *arhiv.rs* genutzt werden, in dem seit 2003 systematisch die Artikel der Printausgaben von Zeitungen kooperierender Verlage gesammelt werden.

Die Zeitungsartikel ermöglichen die exemplarische Untersuchung zweier vergleichbarer Ereignisse im Abstand von fünf Jahren: die öffentliche Debatte über eine parlamentarische Verurteilung des Massakers von Srebrenica 2005 und 2010. Die Zeitungsberichterstattung kann Aufschluss geben über Schwerpunkte der Auseinandersetzungen, die Positionierung einzelner Akteure und über gesellschaftliche Mobilisierungen. Aufgrund der Spanne von sechs Jahren kann auch ein Wandel der Diskurse in diesem vergleichsweise kurzen Zeitraum nachvollzogen werden. Um eine solche Untersuchung zu ermöglichen, wurden 2010 und 2011 über die Datenbank von *arhiv.rs* zwei Datenkorpora aus neun Tageszeitungen (*Blic*, *Danas*, *Dnevnik*, *Glas Javnosti*, *Kurir*, *Politika*, *Press*, *Večernje Novosti*, ab 2007 auch: *Pravda*) und zwei Wochenzeitungen (*NIN*, *Vreme*) erhoben. Die Auswahl der Zeitungen ist einerseits mit der Verfügbarkeit in der Datenbank zu begründen, andererseits mit dem Versuch, das ganze politische Spektrum der Printöffentlichkeit des Landes abzudecken. Während *Danas*, *Dnevnik* und *Vreme* eher dem linksliberalen, proeuropäischen Lager zuzuordnen sind, nehmen *Blic*, *Glas Javnosti*, *Politika* und *Press* eher Positionen der politischen Mitte ein. *Kurir*, *NIN* und *Večernje Novosti* gehören eher dem rechtskonservativen, nationalen Lager an. Die *Pravda* markiert den rechten Rand. *Dnevnik* ist die einzige Zeitung mit einem nichtzentralistischen Anspruch, sie gilt als regionalspezifische

Zeitung der Vojvodina. Die Traditionszeitungen *Politika* und *Večernje Novosti* sind noch immer zu großen Teilen in Staatsbesitz. *Blic*, *Kurir*, *Pravda* und *Press* sind Tabloidblätter, also boulevardistisch ausgerichtet.

Zur Auflagenstärke dieser Zeitungen können keine gesicherten Aussagen getroffen werden, da sie von den Verlagshäusern nicht öffentlich gemacht werden. Erst seit Oktober 2006 gibt es mit *ABC – Audit Bureaux of Circulations* eine kostenpflichtige Agentur, die die Auflagenzahlen der Printmedien erhebt.⁸¹ Die folgenden Angaben wurden einem Bericht entnommen, dessen Verfasser Zugriff auf die Daten dieser Agentur hatte. Demnach zirkulierten 2010 täglich etwa 600.000 Tageszeitungen in Serbien, wovon etwa drei Viertel von dem Tabloid *Blic* und den Traditionsblättern *Večernje Novosti* und *Politika* eingenommen wurden.⁸² Danach folgten die Tabloids *Alo!* – die nicht von *arhiv.rs* erhoben wird – mit ca. 115.000 und *Press* mit unter 100.000 Ausgaben. Alle anderen Blätter erscheinen in einer vergleichsweise niedrigen Auflage, ihre Reichweite in der Gesellschaft kann dementsprechend auch als relativ gering angesehen werden. Die Auflage der Wochenzeitungen *Vreme* und *NIN* liegt bei ca. 20.000 bis 25.000 Exemplaren.

Durch die Digitalisierung erfuhr auch der serbische Tageszeitungsmarkt seit Mitte der 2000er Jahre starke Umstrukturierungen. Bei fast allen Tageszeitungen sank die Auflage um 15 bis dreißig Prozent. Der Marktführer *Blic* verlor in nur vier Jahren ein Viertel seiner Auflage: Sie sank von 200.000 2007 auf 150.000 Ausgaben 2010. Die Auflage von *Press* ging um 31,5 Prozent, die von *Večernje Novosti* um dreißig Prozent zurück. Im Zuge der Zeitungskrise schlossen auch einige Tageszeitungen, so stellte die *Glas Javnosti* im Januar 2010 komplett auf ein Onlineangebot um, das nicht mehr von *arhiv.rs* erfasst wird. Gleichzeitig nahm die Popularität von digitalen Nachrichtenseiten, zum Teil auch derjenigen der Zeitungen, zu. Trotzdem positionierten sich seit 2007 einige Tabloidblätter auf dem serbischen Markt wie die rechtspopulistische *Pravda* oder das überaus erfolgreiche Skandalblatt *Alo!*, dessen Auflage trotz der Zeitungskrise stieg. Angesichts von Digitalisierung und Wirtschaftskrise konnten sich die neuen Tabloids aber nicht auf dem Markt halten. Mit *Press* beendete im November 2012

81 Vgl. Salamurović, Aleksandra: Wie viele Gesichter hat Deutschland? Das Deutschlandbild in der serbischen Presse, Wiesbaden: Harrassowitz 2013, S. 59. Darin wird auch die Entwicklung und das Spektrum der serbischen Presselandschaft ausführlicher dargestellt, ebd., S. 57-67.

82 Vgl. hier und im Weiteren die Studie von Sućurlija, Jelena/Pavlović, Biljana/Jovanović Padejski, Đurđa: Mapping Digital Media: Serbia, London: Open Society Foundations 2011, S. 19.

eines der erfolgreichsten Boulevardblätter die Printausgabe. Auch die erst 2007 gegründete rechtspopulistische *Pravda* stellte ihre Printtätigkeit zum Juni 2012 ein, seitdem ist sie nur noch im Internet verfügbar.

Das für die Erhebung relevanter Artikel herangezogene Medienarchiv *arhiv.rs* nimmt durch Verschlagwortung eine Vorstrukturierung vor, die bei der Erstellung des Korpus hilfreich war. So wurden als Referenzort »Srebrenica«, als Rubrik »Gesellschaft« und als Thema »Kriegsverbrechen 1990-2000« ausgewählt. Die Suchzeiträume wurden begrenzt auf das Datum der ersten Nennung einer Deklaration zur Verurteilung von Srebrenica in den gewählten Periodika bis zu den Reaktionen auf das Scheitern oder den Erfolg einer Deklaration. 2005 stand dementsprechend die Periode 22. April bis 18. Juni 2005 im Fokus der Untersuchung, 2010 die Zeit vom 12. Januar bis zum 3. April 2010. Bedingungen für die Auswahl in die Korpora waren ein direkter Zusammenhang mit der serbischen Diskussion um eine Srebrenica-Resolution und die Frage des politischen und moralischen Umgangs mit Kriegsverbrechen. Artikel, in denen auf außer-serbische Akteure verwiesen wurde (wie beispielsweise eine unkommentierte Äußerung des EU-Erweiterungskommissars) oder Kontextinformationen, die sich nicht direkt auf die Debatte bezogen, wurden nicht in den Korpus aufgenommen. Auf diese Weise konnten für 2005 251 und für 2010 435 Texte und somit insgesamt 686 Artikel erhoben, im RTF-Dateiformat gespeichert und in MAXQDA bearbeitet werden. Auf dieser Grundlage wurde eine Rekonstruktion der vergleichbaren Diskurse in den Jahren 2005 und 2010 über eine parlamentarische Verurteilung des Massakers von Srebrenica vorgenommen.

Auf die untersuchten internationalen Deklarationen war zumeist ein digitaler Zugriff möglich. Die serbischen Deklarationsvorschläge hingegen konnten nicht immer vollständig rekonstruiert werden. Das untersuchte Material lag zum größten Teil in Form von PDFs der Orginaldokumente vor. Mit Hilfe einer Mitarbeiterin von G17plus, einer Fraktion des serbischen Parlaments, konnten noch drei Originale von Deklarationsvorschlägen zugänglich gemacht werden. Drei Resolutionsentwürfe konnte ich nicht im Original recherchieren, obwohl ich die Belgrader Parteizentralen kontaktiert habe.⁸³ Auch im Parlament sind sie nicht dokumentiert und archiviert worden, da die Entwürfe es nicht auf die Tagesordnung geschafft hatten. In diesen Fällen behelf ich mir mit der Medienbericht-

83 Hierbei handelt es sich um die Resolutionsentwürfe von Predrag Marković (G17plus, 2004-2007 Parlamentspräsident Serbiens), der *Demokratska Stranka* (Demokratische Partei) und der *Srpska Radikalna Stranka* (Serbische Radikale Partei), 2005.

erstattung oder Teilabdrucken der Vorschläge in den Publikationen von Parteien oder NGOs.

Der Informationsservice des Parlaments stellte darüber hinaus die Protokolle der Parlamentssitzungen vom 31. März 2010 und vom 14. Oktober 2010 digital zur Verfügung, in denen die Verabschiedung einer Deklaration zur Verurteilung von Srebrenica und die Verabschiedung einer Deklaration zu den Verbrechen an der serbischen Bevölkerung debattiert wurden.

Als weitere Quellen dienten zehn Berichte der jugoslawischen Regierung, genauer: der interministeriellen Arbeitsgruppe beziehungsweise des 1993 gegründeten Komitees für die Sammlung von Daten über begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das internationale Recht. Diese übergab der permanente Repräsentant der Bundesregierung Jugoslawien zunächst an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, der sie an die 1992 von der UN eingerichtete Expertenkommission weiterreichte. Auch nachdem diese Expertenkommission ihre Arbeit beendet und der von der Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien nicht anerkannte ICTY seine Tätigkeit aufgenommen hatte, wurden weitere Berichte an die Expertenkommission gesandt beziehungsweise veröffentlicht. Welche Reichweite und Öffentlichkeitswirksamkeit die Berichte sowohl innerhalb Serbiens als auch auf internationaler Ebene hatten, ist bislang nicht hinreichend geklärt.

Es war nicht möglich, Zugang zu den gedruckten Berichten im Archiv des Komitees für die Sammlung von Daten über begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das internationale Recht zu erlangen, dessen Archiv mittlerweile in der Kammer für Kriegsverbrechen am Bezirksgericht Belgrad angesiedelt ist.⁸⁴ Auch der UN-Informationsdienst konnte keine Auskunft über die an die Expertenkommission und an andere UN-Organisationen gesandten Berichte der Bundesrepublik Jugoslawien erteilen. Die Berichte des Landes, die bei der UN eingegangen seien, seien »wie gewohnt« gehandhabt worden, wobei es nicht üblich sei, sie als »offizielles Dokument« öffentlich zugänglich zu machen.⁸⁵ Lediglich die Berichte 5 bis 8 konnten in den online zugänglichen UN-Archiven lokalisiert werden, da sie der Generalversammlung als Diskussionsgrundlage gedient hatten. Alle anderen Berichte sind bis heute digital unter »Dokumente« auf <http://www.slobodan-milosevic.org/hague/research.htm> verfügbar. Die zunächst zweifelhaft erscheinende Homepage enthält Dokumente zu Kriegsverbrechen während der Jugoslawienkriege sowie zwei Weißbücher zu Verbrechen während

84 E-Mail des Büros des serbischen Staatsanwalts für Kriegsverbrechen vom 2.11.2012.

85 E-Mail des *UN Reference Team* vom 14.2.2012.

der Bombardierung Jugoslawiens 1999, zuletzt wurde die Seite am 15. Februar 2009 aktualisiert. Die Website wurde von Unterstützern Slobodan Milošević' während seines Prozesses am ICTY erstellt. Die dort online gestellten Dateien konnten mit Dokumenten abgeglichen werden, die auf der ehemaligen Homepage des Komitees selbst standen. Das Büro des serbischen Staatsanwalts für Kriegsverbrechen stellte Dateien von einer Diskette des Komitees zur Verfügung, die von August 2000 datieren und belegen, dass es sich bei den Dokumenten um eine direkte Übernahme von der Homepage des Komitees handelt.⁸⁶

Die Berichte des Komitees wurden ohne weitere Quellennachweise abgetippt, enthalten zum Teil Rechtschreibfehler und bisweilen fehlen die Einleitung oder die in der Einleitung angekündigten Annexe. Teilweise sind die serbische und englische Version der Berichte verfügbar, meist fehlen Angaben über den Verfasser oder das Datum. In ihrer Einbindung auf der Homepage sind die Berichte – zu finden unter dem Menüpunkt »Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien« – zwar tendenziös im Sinne einer sehr einseitigen Parteinahme, allerdings besteht kein Anlass, Manipulationen zwischen den Originalberichten und denen auf der Homepage zu vermuten. Die Berichte erlauben einen einzigartigen Einblick in die Selbstsicht und -darstellung der jugoslawischen Regierung hinsichtlich des Umgangs mit Kriegsverbrechen und der Deutung der Konflikte gegenüber der internationalen Öffentlichkeit. Sie bilden ab, was die jugoslawische Regierung zeigen, wie sie wahrgenommen werden wollte, und geben Aufschluss über die serbische Wahrnehmung der (außenpolitischen) Situation, über normative Einstellungen im Umgang mit Kriegsverbrechen und über die dabei vorgenommene Themenauswahl. Aufgrund dessen werden diese Berichte in der folgenden Darstellung einbezogen, aber in den Kontext von Dokumenten mit größerer Validität gesetzt.

86 E-Mail des Büros des serbischen Staatsanwalts für Kriegsverbrechen vom 1.3.2012.